

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Inehr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mt. — Durch die Post bezogen 2.—Mt. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto:** Leipziger Verlagsanstalt U. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig,** Tauscher Straße 19/21 — **Telefon** 72208

Inseratenpreise: Die 10 gespalt. Kolonelspalt 35 Pfa., bei Platzvorschrift 40 Pfa. Stellenangebote 10 gesp. Kolonelspalt 25 Pfa. Familiennachrichten von Privaten die 10 gesp. Kolonelspalt mit 50% Nachsch. Reklamespalt 2 Mt. Inserate v. ausm.: die 10 gesp. Kolonelspalt 40 Pfa. bei Platzvorschr. 50 Pfa., Reklamespalt 2.25 Mt.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Krisen in Permanenz

Die zweite Lesung des Gesetzes zur Reform der Arbeitslosenversicherung — Keine Beitragserhöhung — Weitere Abwehr der Abbaupläne — Schärfste Kampfstellung zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei

Eine Zangengeburt

Berlin, 1. Oktober.

Den ganzen Tag über war verhandelt worden. Erst zwischen den Führern der Regierungsparteien, dann zwischen Zentrum und Volkspartei. Zwischen durch war mehrfach die „Krise“ da. Dann wurden neue Brücken geschlagen, bis am Ende der führende Sozialpolitiker des Zentrums, Esser, von der Tribüne des Reichstages herunter die Erklärung abzugeben gezwungen war, daß allmählich die Situation so nachhaltig verwirrt worden sei, daß er sich selbst nicht mehr zurechtzufinden vermöge. So war die Lage um 1/8 Uhr abends, nachdem für 8 Uhr die entscheidenden Abstimmungen vorgesehen waren. Schon vorher hatte Graf Westarp die Vertagung des Hauses vorgeschlagen. Kurz vor der Zeit der Abstimmung aber war sie nicht mehr zu vermeiden. Erstens: Weil die Kompromißanträge noch nicht verteilt worden waren, zweitens — und das war die entscheidende Frage — weil wiederum alles in Scherben lag.

Zwischen dem Zentrum und der Volkspartei war eine grimmige Fehde ausgebrochen, weil sich die Stresemann- und Pfeffer-Partei den Wünschen des Zentrums nicht unterwerfen wollte. Zentrum, Demokraten und die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion hatten mit den Beschlüssen, die in der zweiten Nachmittagsstunde gefaßt wurden, eine Vereinigung der noch vorhandenen sozialpolitischen Differenzpunkte herbeigeführt. Jetzt galt es, die Volkspartei in die gemeinsame Front hineinzupressen. Von den Abbauvorschlägen war nahezu gar nichts mehr übriggeblieben, aber das Zentrum wollte der Volkspartei nicht gehalten, Demonstrationsanträge einzubringen, in denen die Gedanken der Vorschläge Kiesener-Teusch wieder enthalten waren. Ob dieser Pläne fürchtbare Wut in den Zentrumskreisen. So wurde denn kurz vor der geplanten Abstimmungsstunde die Vertagung des Plenums um eine Stunde herbeigeführt.

Die Sitzung wurde wieder aufgenommen. Alle Verständigungsversuche waren von den Syndizi der Volkspartei verhindert worden, und wenn bisher der Kuhhandel hinter den Kulissen einer Komödie glich, so spielte sich nunmehr auf der Tribüne des Reichstages eine Tragödie ab, bei der sich Zentrum und Volkspartei in Fechterstellung gegenüberstanden. Die Pfefferleute waren nicht zu bewegen gewesen, von der Einbringung ihrer Anträge abzusehen. Zwar lagen die Drucksachen den Abgeordneten noch nicht vor, aber Herr Esser beschränkt die Tribüne und hielt der Volkspartei ihren Spiegel vor. Sie hatte den Antrag Kiesener-Teusch wieder aufgenommen und so stand Regierungspartei gegen Regierungspartei, um sich gegenseitig zu entlarven. Wahrhaftig eine Gröteske sondergleichen, für die Koalition und das Parlament.

Herr Esser legte, geschickt und weitausholend, die Verantwortung der Lage dar. Er hatte einen selten guten Tag und seine Rede hatte einen starken Eindruck hinterlassen. Das Gesicht des Herrn Thiel, des volksparteilichen Führers der Handlungsgelassenen, zog sich verzerrt in distanzlosem Herr Esser folgte ein reaktionäre Syndizi, Herr Huet von der Volkspartei, ein Mann der westfälischen Schwerindustrie. Seine Rede rief die Zeiten der seligen wilhelminischen Ära ins Gedächtnis zurück. Sie wurde von Dr. Brauns, dem früheren Arbeitsminister, entsprechend charakterisiert. „Eine Scharfmacherrede“, wie sie im Buche steht. Herr Brauns fand stürmische Zustimmung bis weit über das Zentrum hinaus, wodurch wiederum die Huet und Raumer in Harnisch gerieten. Inzwischen wurden die Anträge der Volkspartei verteilt, auf der Tribüne verfiel der Redefluß und gegen 20 Uhr wurde zur Abstimmung geschritten.

Infolge des Verhaltens der Deutschen Volkspartei vermochte auch der weislichste der Propheten nicht zu sagen, wie der endgültige Text dieses so viel umstrittenen Gesetzes wohl lauten würde. Die Gestaltung der einzelnen Absätze hing von den jeweiligen Mehrheiten ab, so daß erst nach Schluß aller Abstimmungen — gegen 22 Uhr — zu übersehen war, welche Fassung dem Reichstage in dritter Lesung, die nunmehr am Donnerstag erfolgen soll, vorliegen wird.

Der Hauptkampf drehte sich erstens um die Beitragserhöhung. Zweitens um das Sondergesetz, in dem, wie bekannt, die Ueberreste des Antrages Kiesener-Teusch eliminiert worden waren, die aber von der Volkspartei in letzter Stunde wieder aufgegriffen wurden. Ein weiteres umstrittenes Problem war die Sonderfürsorge für Saisonarbeiter. Im Verlaufe der Verhandlungen war beschlossen worden, das befristete Sondergesetz überhaupt fallenzulassen und die für

dieses vorgesehenen Bestimmungen in das Hauptgesetz einzufügen. Das ist letzten Endes, mit Ausnahme der Sonderfürsorge, auch beschlossen worden. Aber gerade an diesem Streitpunkt wurde demonstriert, daß die endgültige Fassung des Gesetzes von den einzelnen Abstimmungen abhängig war. In der Frage der Sonderfürsorge brach zuletzt auch das Zentrum aus den Reihen der Weimarer Parteien aus. Obwohl es, entsprechend der Kompromißverhandlungen, die während des ganzen Tages geführt worden waren, einen Antrag gemeinsam mit den Sozialdemokraten, den Demokraten und der Bayerischen Volkspartei unterzeichnet hatte, den bisherigen § 1 des Sondergesetzes über die Lohnklassen in der Sonderfürsorge in das Hauptgesetz einzuarbeiten, lehnte das Zentrum den von ihm selbst mit gestellten Antrag zur Ueberraschung des ganzen Hauses ab. Bei der Abstimmung über das Sondergesetz korrigierte dann freilich das Zentrum diesen Beschluß. Es stimmte diesem einzigen in dem Sondergesetz belassenen Paragraphen zu, so daß, wenn nicht noch andere Vereinbarungen getroffen werden, dieses Gesetz mit nur einem Haupt-Paragraphen verabschiedet wird.

Unmittelbar nach diesem Ausbrechen des Zentrums von der gemeinsamen Front stellte sich heraus, daß diese Sonderleistung des Zentrums als Demonstration gegen die Volkspartei anzusehen war, wodurch der Schluß gerechtfertigt wird, daß bei der dritten Lesung, wie der Paragraph 2. des Sondergesetzes, so auch der Paragraph 1 endgültig in die Hauptvorlage übernommen wird. Die Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung würde dann keinerlei befristete Paragraphen mehr enthalten.

Im übrigen hat die sozialdemokratische Fraktion bei der nun in zweiter Lesung zustande gekommenen Fassung des Gesamtgesetzes weitere ansehnliche Verbesserungen der sozialpolitischen Bestimmungen zu erzielen vermocht. Die Fassung über die Meldung der freierwerbenden Arbeitsstellen — der neue § 65a — wurde, entgegen den Ausschlußbeschlüssen, unter Mitwirkung des Zentrums nach dem Vorschlag der Regierungsvorlage wiederhergestellt. Nur in der Fassung des neuen Paragraphen 107b, der sich mit der Bemessung der Unterstützungssätze nach dem Unterstützungsort des Bezugsberechtigten beschäftigt, konnte keine weitere Verbesserung erzielt werden. In namentlicher Abstimmung wurde diesem Paragraphen bei 422 abgegebenen Stimmen mit 218 gegen 203 zugestimmt. Da hier auch vom Zentrum keine weitere Konzession zu erlangen war, stimmte die sozialdemokratische Fraktion im Bunde mit den Kommunisten gegen die nunmehr angenommene Fassung dieses Paragraphen.

Zu den umstrittensten Problemen gehörte von Anfang an die Gestaltung der Wartezeit. Die ursprüngliche Fassung des Regierungsentwurfes lautete wie folgt:

Regelmäßig dauert die Wartezeit

1. 14 Tage bei Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigte Angehörige,
2. 7 Tage bei Arbeitslosen mit einem, zwei oder drei zuschlagsberechtigten Angehörigen,
3. 3 Tage bei Arbeitslosen mit vier oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen.

Nach den langwierigen Verhandlungen des gestrigen Tages wurde nunmehr folgender Regelung zugestimmt:

Regelmäßig dauert die Wartezeit

1. 14 Tage bei Arbeitslosen, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, keine zuschlagsberechtigten Angehörigen haben und in die häusliche Gemeinschaft eines anderen aufgenommen sind,
2. 7 Tage bei Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigte Angehörige, wenn sie das 21. Lebensjahr vollendet haben oder nicht in die häusliche Gemeinschaft eines anderen aufgenommen sind, sowie bei Arbeitslosen mit einem, zwei oder drei zuschlagsberechtigten Angehörigen,
3. 3 Tage bei Arbeitslosen mit vier oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen.

Demzufolge gilt die Verschlechterung in Ziffer 1 nur noch für die, die das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben „und in die häusliche Gemeinschaft eines anderen aufgenommen sind“. Die Fassung der Ziffer 3 bleibt, wie schon früher dargelegt, eine wesentliche Verbesserung der bisher gültigen Bestimmungen über die Wartezeit.

Ein ebenso umstrittener Paragraph war der neue Paragraph 112a, der die Anrechnung der Renten enthält. Die sozialdemokratische Fraktion hatte der vorliegenden Fassung bereits im Ausschuß zugestimmt. Nur wandte sie sich gegen die Bestimmung, daß von den Sozialrenten lediglich 20 Mark angerechnet werden sollen. Die Sozialdemokratie forderte in Uebereinstimmung mit den Kommunisten die Erhöhung des Anrechnungsbetrages auf 40 Mark. Nunmehr hat das Zentrum einem Vorschlag der Sozialdemokraten zugestimmt, nach dem der Anrechnungssatz auf 30 Mark erhöht worden ist. In dieser Fassung stimmte die Mehrheit des Reichstages — die Kommunisten eingeschlossen — der Fassung des Rentenparagraphen zu.

Die Wartezeiten der Saisonarbeiter sind unverändert geblieben. Die im Paragraph 3 der Sondervorlage vorgesehenen neuen Wartesätze sind im Plenum des Reichstages nicht wie-

Silberdings Finanzreform

Ein recht zweifelhaftes Steuerbukett

Im Reichsfinanzministerium wird seit langer Zeit an einer umfassenden Finanzreform gearbeitet. Ueber den Stand dieser Arbeiten erfährt der Sozialdem. Pressedienst, daß es sich um einen sehr weitgehenden Umbau des ganzen Finanzsystems handelt. Vor allem scheint man an eine beträchtliche Ermäßigung der Einkommensteuer zu denken, und zwar sowohl nach unten (Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums auf etwa 1800 Mark) wie nach oben hin (Küsenanderlegung der Stufen, Ermäßigung der höchsten Sätze). Die Kapitalertragsteuer soll für festverzinsliche Emissionen, nicht aber für Aktien befreit werden. Die Industriebelastung will man in Etappen vermindern lassen. Dafür soll die Vermögenssteuer erhöht werden. Um der Landwirtschaft gerecht zu werden, rechnet man mit der Aufhebung der Rentenbankbelastung der Landwirtschaft. Die geplante Senkung der Besitzsteuern wird auch auf die Realsteuern übergreifen. Als Entschädigung dafür soll den Kommunen zwar nicht das Recht auf Erhebung von Zuschlägen zu den Einkommensteuern gegeben werden, wohl aber entsprechende Einnahmen aus der Erhebung von Verwaltungskostenbeiträgen. Es handelt sich hier um eine Art Kopfsteuer, die freilich immer in sozialer Beziehung sehr bedenklich ist. Als Ausgleich für die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums wird an Mehreinnahmen aus den Genussmittelsteuern gedacht. Hier läme nicht nur die Erhöhung der Biersteuer in Frage, sondern auch die Errichtung eines Tabakmonopols.

Dazu schreibt der Sozialdemokratische Pressedienst:

Bei diesen Plänen handelt es sich bisher lediglich um Erhebungen innerhalb des Reichsfinanzministeriums. Sie befinden sich noch soweit im Vorstadium, daß sie bisher sich weder zu Vorlagen verdriften haben, noch dem Reichskabinett unterbreitet worden sind. Eine Stellungnahme zu ihnen kann deshalb im gegenwärtigen Augenblick nicht erfolgen.

Die Nachrichten sind aber auch insofern völlig unzulänglich, als sie jeden Hinweis darauf vermissen lassen, daß die Steuerermäßigung nur möglich ist, wenn zuvor zwei andere Fragen erledigt sind. Das ist einerseits die Sanierung des Reichsetats für 1928 und 29, die mehrere 100 Millionen erfordert, und andererseits die Sanierung der Kassenlage des Reiches, die durch den Fehlbeitrag im außerordentlichen Haushalt nach wie vor äußerst kritisch ist. Jede Steuerermäßigung muß auf diesen Zusammenhang Rücksicht nehmen.

Ueber die Steuerpläne selbst, die im wesentlichen richtig wiedergegeben werden, läßt sich im gegenwärtigen Augenblick nur sagen, daß sie sowohl eine Steuerermäßigung wie eine Steuererhöhung umfassen. Die Steuerermäßigung soll insbesondere bei der Einkommen- und den Realsteuern eintreten. Ob die Regierung den Vorschlag auf Einführung von Verwaltungskostenbeiträgen machen wird, steht noch dahin. Gegen diesen Vorschlag, der eine kopfsteuerartige Belastung aller erwachsenen Menschen bedeutet, sprechen sehr gewichtige soziale und wirtschaftliche Erwägungen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, da es sich hier bisher um ernste Erwägungen handelt, noch keine Gelegenheit zur Stellungnahme zu diesen Plänen gehabt.

der aufgenommen worden, so daß die in der Sonderverordnung vom Dezember 1928 vorgesehenen Wartezeiten in Geltung bleiben.

Die einzige Änderung in bezug auf die Unterstützungssätze, der Vorschlag Lemmer, den wir gestern im Wortlaut wiedergaben, wurde unverändert in die Hauptvorlage eingeleitet, so daß an tatsächlichen Abbaubeschlüssen nur diese für pleite gegangene Kaufleute und dergleichen neugetroffene Veränderung übrigbleibt. Außerdem die Neufassung der Bestimmungen über die Wartezeit, in denen nur eine Verschlechterung für die unter 25jährigen, die „in die häusliche Gemeinschaft“ eines anderen aufgenommen sind, Gültigkeit erhalten hat.

Ansonsten ist neben dem § 1 der Sonderfürsorge, der, wie schon bemerkt, die Beibehaltung der bisherigen Unterstützungssätze für Saisonarbeiter enthält, wobei nun die Bedürftnisprüfung ausgeschaltet bleibt, nur noch der neue Paragraph 107a unerledigt geblieben. Er beschäftigt sich mit der Berechnung des Arbeitsentgeltes. In der zweiten Lesung des Plenums wurde diese Fassung mit Mehrheit abgelehnt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß in ihrer Sitzung, die am Dienstagmittag abgehalten wurde, den nunmehrigen Fassung des sozialpolitischen Teils der Reform ihre Zustimmung zu geben, da von den Abbauplänen faktisch fast nichts mehr übrigbleibt. Trotz dieser Reformen freilich bleibt die Generalklage ungelöst, nämlich die Sanierung der Reichsanstalt. Welche Ersparnisse durch die konkreter gefassten Definitionen des Begriffes „Arbeitslosigkeit“, „geringfügige Beschäftigung“ und dergleichen endgültig gemacht werden, dürften lediglich erst die nächsten Monate erkennen lassen, wenn diese neuen Beschlüsse in Kraft getreten sind. Die sozialdemokratische Fraktion hat immerfort erklärt, daß sie einer Sanierung der Reichsanstalt nicht zustimmen würde, die durch den Abbau der Leistungen herbeigeführt werden würde.

Demzufolge bleibt nach wie vor die Frage der Beitragserhöhung. Die Weimarer Parteien hatten sich auf der Basis der Erhöhung um 1/2 Prozent zusammengesunden, unter der Bedingung freilich, daß auch die Volkspartei zustimmen werde. Bei der Besprechung der Parteiführer am Dienstagvormittag ergab sich indes die Tatsache, daß mit einer Zustimmung der Volkspartei nicht zu rechnen war. Demzufolge lehnten auch die Demokraten und das Zentrum die Beitragserhöhung ab. Daraufhin wurde der Vorschlag gemacht, die Entscheidung über die Beitragserhöhung a-u-s-z-u-sch-e-n, und zwar bis zur Erledigung der Gesetze über den Youngplan und bis zur Lösung der bevorstehenden Finanzreform. Man hatte weiter erwogen, eine diesbezügliche Fassung in das Sondergesetz einzufügen. Davon wurde vorläufig Abstand genommen, als sich im Verlaufe des Nachmittags der Gegensatz zwischen Volkspartei und Zentrum fortgesetzt zu vertiefen begann.

Für die sozialdemokratische Fraktion ergab sich so die Alternative, entweder den gesamten sozialpolitischen Teil des Gesetzesentwurfes abzulehnen, in dem zuletzt fast alle Abbaupläne abgewehrt worden sind, damit das Gesamtproblem in der Schwebe zu lassen oder auf der Erhöhung der Beiträge zu verzichten. Hätte sich die sozialdemokratische Fraktion auf diesen Standpunkt gestellt, dann würde sich — soviel steht nun positiv fest — bei den Abstimmungen — ergeben haben, daß im Reichstage die sozialdemokratische Fraktion allein für die Erhöhung der Beiträge gestimmt hätte. Zuletzt kann es nicht Aufgabe der Sozialdemokraten sein, koste es was es wolle, den Arbeitern neue Beiträge aufzubürden. Demzufolge beschloß die sozialdemokratische Fraktion mit übergroßer Mehrheit, den Vorschlägen auf Verschiebung dieser Entscheidung zuzustimmen.

Für den Kenner der Dinge ist gewiß, daß damit die Gesamtfrage notwendig ungelöst bleiben muß, denn im Winter wird sich das Defizit der Reichsanstalt noch weiterhin erhöhen und es wird nichts anderes übrigbleiben, als daß der Reichsfinanzminister erneut in seine Kasse greift, um, wie im vergangenen Jahre, Reichszuschüsse zu gewähren.

Auch dagegen kann die sozialdemokratische Fraktion keine Einwendungen erheben, denn es wäre nur die Wiederherstellung des Zustandes, der früher in der Erwerbslosigkeitsfürsorge bestanden hat. Die entscheidende Frage freilich bleibt dabei: Werden es die Volkspartei, die Deutschnationalen und der Fischbeck-Flügel der Demokraten mit der jetzigen Lösung bewenden lassen, wenn die Belastung der Massen des Reiches erneut in den Vordergrund tritt. Wir befürchten, daß dann die jetzt erfolgreich abgewehrte Hehe von neuem beginnen wird, so daß mit den gestrigen Beschlüssen nichts Wesentliches geändert ist.

Wir bebauern den Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, weil er in dieser und anderen Fragen keine Klarheit zu schaffen vermochte. Aber zuletzt wäre die Sozialdemokratie der konzentrierten Hehe aller übrigen Parteien ausgesetzt gewesen, wenn sie allein den Arbeitern diese neue Belastung zugemutet hätte, obwohl selbst die führenden Sozialpolitiker der Zentrumspartei, Herr Esser und der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, im Kampfe gegen die Tribüne des Reichstages herab erklärten, daß ohne Beitragserhöhung an eine Sanierung der Reichsanstalt nicht zu denken sei.

Wie dem auch sei, der Sturm aus dem Lager des gesamten Bürgertums wurde abgewehrt. Eine endgültige Lösung des Problems konnte, der Beitragsfrage wegen, nicht getroffen werden. Die deutsche Arbeiterklasse wird auch gegen kommende Vorstöße gewappnet sein, und die geschilderte Taktik der sozialdemokratischen Unterhändler in diesen Fragen hat gezeigt, daß auch ohne proletarische Mehrheit im Reichstage der Reaktion auf dem Gebiete der Sozialpolitik bestimmte unübersteigbare Schranken gezogen sind.

Politische Schlägereien in Berlin

WTB Berlin, 30. September.

Heute nacht kam es in der Köpenicker Landhausviertel Wendenhof vor einem Tanzlokal zu Auseinandersetzungen und im Anschluß daran zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten. Die Nationalsozialisten führten mit der Straßenbahn, an deren Haltestelle es nochmals zu einer Schlägerei kam. Zwei Unbeteiligte, der Obermaat Mohr und der Schleifer Ordnung wurden durch Messerstiche erheblich verletzt. Ordnung mußte nach dem Kreiskrankenhause geschafft werden. Die Polizei hat insgesamt 12 Personen, teils Reichsbannerleute, teils Nationalsozialisten, festgenommen.

Zu einem zweiten Zusammenstoß kam es um dieselbe Zeit am Wilhelmplatz in Charlottenburg zwischen Nationalsozialisten, die in Spandau eine Versammlung abgehalten hatten, und Kommunisten. Die Polizei konnte hier rechtzeitige größere Ausschreitungen verhindern. Sie nahm fünf Personen fest.

Der Generaldirektor weiß von nichts

Deutschnationale Wirtschaft bei der Raiffeisenbank

SPD Reichstagsvizepräsident Dietrich vor dem Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags.

Ein Bild des Jammers und der Kläglichkeit — ein vollkommener Verfall! So also sieht ein deutschnationaler Vizepräsident, so sieht ein Generaldirektor der Raiffeisenbank aus! Man hätte wünschen mögen, daß diese Sitzung des Untersuchungsausschusses durch Radio bis in das entfernteste Dorf verbreitet worden wäre.

Drei Stunden lang hält der Vorlesende Dr. Deerbach, selber deutschnationaler Landtagsabgeordneter, seinem Parteifreund die Sünden seiner Untertänigkeit vor. Er erledigt in dieser Zeit nur einen Bruchteil. Als die Vormittagsitzung verlagert wird, stehen die wichtigsten Punkte noch aus. Aber man weiß jetzt schon vorher, was erfolgen wird. Auf alle Vorhaltungen hat Herr Dietrich nämlich nur eine Antwort:

„Ich habe davon nichts gewußt, ich habe mich darum nicht gekümmert.“

Es wurden Spekulationsgeschäfte gemacht, es wurden risikoreiche Wucherkredite gegeben, wobei jedes einzelne Geschäft die Hälfte, ein Drittel, ein Viertel des Aktienkapitals festlegte und gefährdete. — Herr Dietrich hat sich um nichts gekümmert! Daher der Name Generaldirektor. Diesen Generaldirektor konnte man — sozusagen unterem Gefäß — das gesamte Aktienkapital seiner Bank entnehmen, ohne daß er sich dessen bewußt geworden ist.

Schon in der Inflationszeit stellte ein Bericht des Generaldirektors Hildebrandt die schlimmsten Mißstände bloß. Es wurde jedoch nichts darauf veranlaßt. In der größten Weise wurde bei der Kreditgewährung an Private gegen die statutenmäßig festgesetzte Gemeinnützigkeit und gegen den genossenschaftlichen Charakter des Unternehmens gesündigt. Daran ist die Kreditabteilung schuld, sagt Dietrich. Die Buchhaltung weigert sich, sich der Kontrollabteilung zu unterstellen. Dem Generaldirektor blieb dies unbekannt. Das ungeheure Verfallgeschäft mit den Ostwolfskitten wurde entriekt. Der Generaldirektor erfuhr davon erst, als 7 Millionen reißlos verpulvert waren. Auch von der Verschönerung der Ostwolfskette an der Landmannbank, eine Tochtergesellschaft der Raiffeisenbank, hat Herr Dietrich nie etwas gehört, obwohl er gleichzeitig Vorsitzender des Aufsichtsrats der Landmannbank war.

Er erklärt selber, daß seine Aufsichtsratsposten, namentlich bei der Dresdner Bank, ihm „nicht die geringste Arbeit“ verursachen hätten!

Das Ostwolfskettel wanderte dann an den russischen Schieber Uralseff. Für seine Verpachtung, das Patent an ein „holländisches Konsortium“ weiterzuerkaufen, bekam Herr Uralseff, ehe noch das geringste lohn geschah, 300.000 Mark bar auf ein Geheimkonto ausgezahlt. Herr Dietrich erklärt, von dieser Sache heute zum ersten Male zu erfahren... Bewegung und Kopfschütteln im ganzen Saal.

So geht es Punkt für Punkt durch die Uralseffschen Schwindelgeschäfte. Die verschobenen Läger, die als Sicherheit dienen sollten, die leere Schmelzkassette usw. usw., Herr Dietrichs einzige Antwort bleibt: „Dabei wußte ich nichts.“ Ein deutschnationaler Generaldirektor!

So gibt im ganzen Saal keine Entrüstung mehr, nur noch Scheitern und mißleidiges Kopfschütteln.

In der Nachmittagsitzung wurde die Vernehmung des Geheimrats Dietrich beendet. Das Bild ändert sich nicht: Dietrich weiß von nichts, er hat von nichts Kenntnis gehabt. Er kennt nicht einmal den Bericht, den die Untersuchungskommission seiner Bank im Jahre 1927 über die verhängnisvolle Zeit seiner Direktorstätigkeit erstattet hat. Aber wen wundert das, der inzwischen gehört hat, daß das Direktorium dieser seltsamen Bank, die über einige hundert Millionen Staatskredite seitens der Preußentassa disponierte,

nicht einmal regelmäßige Direktorsitzungen abgehalten hat, sondern sich mit „gelegentlichen Besprechungen“ begnügt! Geheimrat Dietrich faßte eben seine Stellung als eine rein präsentative auf. Er geruhte nur, sich mit den Dingen zu befassen, die an ihn jeweils „herangetragen“ wurden. Und wenn die anderen eben nichts an ihn herantrugen, so war es nicht seine Schuld, wenn das Bankvermögen verschleudert wurde, ohne daß Herr Generaldirektor auch nur das geringste davon wußte und merkte.

In der Nachmittagsitzung, soll Dietrich über einige besonders skandalöse Verlustkonten Auskunft geben. Begehrlich! Der „Großunternehmer“ Niebe, von Hause aus Buchhändler, auch „der kleine Stimmes“ gehalten, hat von Januar bis Mai 1924 sein Kreditkonto bei der Raiffeisenbank von einigen Hunderttausend auf 8,14 Millionen Mark gesteigert. Herr Dietrich staunt: So viel? — Ja, es ist sogar noch mehr. Frage: Konnte denn tatsächlich dieser Betrag, der 40 Prozent des Aktienkapitals ausmacht, ohne Wissen des Generaldirektors festgelegt und gefährdet werden? — Er konnte es.

Konto Thias: Eine G. m. b. H. mit 20 000 (zwanzigtausend!) Mark Geschäftskapital hat über eine Million Kredit erhalten. Der Hauptinhaber Wilhelm Thias deckte mit gefälschten Bescheinigungen die russische Handelsvertretung in London und floh dann ins Ausland, wo er später Selbstmord beging. Thias und der Protokurist Tannen waren Dustringende. Tannen war Aufsichtsratsvorsitzender bei Thias. Syndikus Dr. Lange, Leiter der Kreditabteilung bei Raiffeisen, schob zusammen mit Thias bunte Privatgeschäfte. Der Generaldirektor Dietrich hat auch von diesen Dingen nichts gehört.

Die „Interbank“ war eine Inflationsblüte, nach der Goldumstellung hatte sie 50 000 Mark Goldkapital. Die Raiffeisenbank verlor an sie rund eine halbe Million.

Als das Geld rettungslos futsch war, erhielt der Inhaber der Interbank, Hurwik, noch einen letzten ungedeckten Kredit von 15 000 Mark, um in Wiesbaden zwecks Eingehung einer reichen Heirat standesgemäß auftreten zu können!

Er sollte die Raiffeisenbank sozusagen aus dem Schlamassel herausheiraten. Hurwik trat in Wiesbaden zwar standesgemäß auf, heiratete aber nicht. Als die Bank mahnte, bröckte er den Spieß um und drohte, die Raiffeisenbank schadenerschuldlich zu machen, wenn sie durch Exekutionen seine glänzenden Heiratsaussichten fördere! — Junge Dietrich (sachungslos): „Das ist doch wohl ein Scherz?“ — Nein, es steht so im Bericht der eigenen Prüfungskommission.

Nur der Generaldirektor weiß nichts davon. Es geht weiter im Verhör. Die frifrierte Goldmark-Eröffnungs Bilanz wird besprochen, in die man 25 Millionen Mark Aktienkapital hereinschrieb, obwohl für 7,8 Millionen Mark Aktien nicht untergebracht waren, das Aktienkapital also nicht einmal 18 Millionen betrug. — „Das hat Schwarz (der Vizepräsident) in einem Vortrag auseinandergesetzt, und dann wurde es so gemacht.“

Vor soviel Hilflosigkeit kapituliert schließlich der Ausschuß. Einmütig beschließt er, es des grausamen Spiels genug sein zu lassen und das Verhör zu beenden. Am Mittwoch sollen die Direktoren Schwarz und Seelmann-Eggebert vernommen, am Donnerstag soll das gesamte Direktorium der gemeinschaftlichen Fragestellung durch die Ausschußmitglieder unterzogen werden.

Hugenbergs Bundesgenossen

Die Hakenkreuzbanditen an der Arbeit

SPD München, 1. Oktober.

Die Nationalsozialisten entwickeln augenblicklich in Bayern einen Hoch- und Verleumdungsflug gegen alle Andersgesinnten, der nur in dem wahnwichtigen Ausmaß von 1923 sein Gegenstück hat. Ausgestattet mit erheblichen Geldmitteln durchreisen die Hitlepropagandisten das ganze Land und inszenieren unter auffälliger Duldung der Staatsorgane systematische Verleumdungskampagnen und Kaufereien, bei denen es stets Dutzende von Verletzten gibt.

Die letzte schwere Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Andersgesinnten ereignete sich am Montagabend in Schney bei Lichtenfels (Oberfranken), wo während der Debatte in einer Versammlung, an der sich auch Sozialdemokraten beteiligten, die Hitleerianer plötzlich mit Stuhlschreibern und Schlaginstrumenten aller Art über die Gegner herfielen. Es gab insgesamt 20 zum Teil schwerverletzte, darunter nach den Feststellungen der Gendarmerie nicht weniger als 28 Sozialdemokraten. Die Saaleinrichtung wurde vollständig zerstört. Bis das von Bamberg herbeigerufene Landespolizeikommando erschien, waren die Hitleerbanditen selbstverständlich schon längst über alle Berge.

In der Mittwochsausgabe des „Bäilischen Beobachter“ leistete sich Hitleer das bisherige Höchstmah seiner politischen Verhöhnung. In fetten Heberschriften nennt er kurzgehand alle jene Landesverräter, die sich nicht in die Liste des Volksbegehrens einzeichnen. Diese Lästerung durfte er sich bisher nur den Ministern

Hugenbergs Sprachrohr.

„Hugenberg, Hugenberg!“ (Zwischenruf bei Heftigen Reichstagsreden)



Hugenberg: „Und daß Sie ja so tun, als ob Sie mein Volk begehren für einen genialen Einfall hielten!“

des Reiches und Preußens erlauben. Nachdem er nun aber die bayerischen Staatsminister in seine Besetzung einbezogen, darf man gespannt sein, wie die weißblaue Ordnungsblockregierung mit ihrer abgestempelten Staatsautorität darauf reagieren wird.

Steuerfreikheiter vor Gericht

WTB Rendsburg, 1. Oktober.

Im Bauernprozeß, der vor dem hier tagenden Kieler Großen Schöffengericht stattfand, wurden die Angeklagten Guth und Dr. Peters freigesprochen, der Angeklagte Wallisch wurde an Stelle einer Gefängnisstrafe von einem Monat zu 200 und außerdem zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, das Wort „Judenrepublik“ sei nach Ansicht des Gerichts kein absolutes Schimpfwort, wie dies auch in einem Reichsgerichtsurteil ausgesprochen sei. Es komme darauf an, ob die republikanische Staatsform verächtlich gemacht werden solle. Dies habe aber nicht festgestellt werden können. Deshalb seien die beiden ersten Angeklagten freizusprechen. Wallisch sei auf Grund der Verordnungen des Reichspräsidenten vom 15. September 1923 wegen öffentlicher Aufforderung, die Durchführung von Steuervorschriften zu verhindern, zu bestrafen. Es komme Gefängnis nicht unter einem Monat und eine Geldstrafe in Frage. Das Gericht habe geglaubt, die an sich verwirkte Gefängnisstrafe von einem Monat in eine Geldstrafe von 200 Mark umwandeln zu sollen, da der Angeklagte nicht vorbestraft und infolge der gegenwärtigen Notzeit erzeit war. Dazu komme eine weitere Geldstrafe von 100 Mark.

Das hier tagende Kieler Große Schöffengericht hat den Deutschen Beitmann aus Hohn, der in mehreren Versammlungen in der Provinz zum Steuerfreik und zu kraßbaren Handlungen aufgefordert und einen Volksziehungsbeamten beleidigt hatte, zu zwei Monaten Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe sowie zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt.

Uebertritt zur SPD. Der Führer der Demokraten Bommernus, Rechtsanwalt Dr. Bernbi, Stettin, ist nach einer Blättermeldung aus Kolberg aus der Demokratischen Partei ausgetreten und zur SPD übergetreten. Der Grund ist in der Hauptache in der Kritik zu suchen, die im demokratischen Lager an der Stellung Dr. Bernbis zum Reichsbanner, die schon lange als zu weit links empfunden wurde, gelöst wurde.

Gaschutz im Kriege?

Die Zivilbevölkerung ist hilflos

Mit den Gefahren eines Giftgaskrieges wird sich heute abend eine im Volkshaus stattfindende öffentliche Versammlung der Internationalen Liga für Frieden und Freiheit beschäftigen. Von einer der Rednerinnen bei dieser Kundgebung ging uns der folgende, allgemein interessierende Aufsatz zu, der die ausichtslosen Versuche und unmöglichen Vorschläge zum Schutz der Zivilbevölkerung gegen Giftgasangriffe behandelt.

Es ist das Verdienst der Chemikerin Dr. Gertrud Woker in Bern, daß sie die erste deutsche Uebersetzung der Protokolle der Internationalen Sachverständigenkommission des Roten Kreuzes, Genf 1928, in französischer Sprache herausgegeben worden sind. Man muß sich beim Durchstudieren des Materials immer wieder fragen, daß man es mit Sachverständigen zu tun hat. Sie mögen auf ihren Spezialgebieten über Fachkenntnisse verfügen, aber dem praktischen Leben gegenüber scheinen sie völlig zu versagen. Sie stellen den großen Faktor der Panik bei Angriffen eines modernen Giftgas-Krieges, die in allen Ländern ausbrechen würde, kaum in ihre Rechnung und sie fordern Vorrichtungen, die praktisch überhaupt nicht durchführbar sind. Die Vorschläge gliedern sich in drei sehr umfangreiche Abteilungen: Technische Ausführungen, tatsächliche Verfügungen und allgemeine Dispositionen. In der allgemeinen Einführung kommt die Internationale Kommission zu dem Schluß, daß es keinen Unterschied in einem zukünftigen Krieg zwischen der Bevölkerung der Kampfzone und der Bevölkerung des Hinterlandes gibt. Daß die Schutzmahnahmen gegen den chemischen Krieg auf das ganze Gebiet einer Nation ausgedehnt werden müssen, also auch auf Frauen, Säuglinge, Kranke, Greise und so fort.

Für die Organisation des Kollektivschutzes schlägt der Bericht vor, Zufluchtsstätten zu bauen, die dem Bombardement durch Explosive zu widerstehen vermögen, da nie vorausgesehen ist, ob ein Angriff auf die Bevölkerung einzig durch Gas erfolgt oder im Zusammenhang mit Explosivgas geschehen. Es sollen unterirdische Zufluchtsstätten vorbereitet werden, die nicht mehr als 10 bis 12 Personen fassen. Unter der Aufsicht der Unterstände, die in Betracht kommen, werden genannt: Oberirdische Konstruktionen, insbesondere die Häuser, die Treppenhäuser und so weiter. Diese sind die exponiertesten. — Man male sich die Panik aus, die ausbricht, wenn in einem großen Mietshaus wie sie in den Großstädten erbaut sind — und diesen Zentren gelten sicherlich die schwersten Luftangriffe — Hunderte von Personen in die Treppenhäuser drängen. Kinder werden zertrampelt — das Frauentuch hehlt!

Das Deutsche Rote Kreuz hat später an die Internationale Konferenz vom Roten Kreuz ein längeres Exposé gerichtet, aus dem einige kurze Sätze hier mitgeteilt werden sollen: „Die Vorbereitung des Alarms, die Schaffung von Unterständen, die Vorausbekämpfung von Gasmasken, die Einrichtung von Rettungsposten und alle sonstigen, von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Maßnahmen, so bedeutsam sie sind, werden einen ausreichenden Schutz nicht verbürgen können.“

Und später: „Es müßte wohl gleichfalls nur Stützwerke, Häuser gegen Giftgas abgedichtet, wenn die Fenster infolge Brandbomben zerplatzen oder die Wände infolge von Brandbomben bersten. Die größte Gefahr liegt im kombinierten Angriff, wobei Brand-Brandbomben alle etwa denkbaren Schutzmaßnahmen gegen chemische Kampfmittel unwirksam machen.“

Dem Deutschen Roten Kreuz ist bekanntgeworden, daß Bomben mit einer bedeutenden Explosionsverzögerung erfunden wurden, die sich tief in die Erde einbohren und erst nach 4, 6, 8, 12, 18, 24 und 36 Stunden explodieren.“

Aus dem Abschnitt „Schutz gegen die nicht persistierenden — nicht beständigen — Gase und Schutz gegen die persistenten Gase“ einige Sätze: „Bei den ersten müßte der Eingang zu den unterirdischen Räumlichkeiten durch zwei durch einen Zwischenraum getrennte Türen verschlossen sein. Auf alle Fälle ist der zu erhaltende Schutz unsicher. Die unterirdischen Zufluchtsstätten können bei dringenden Fällen durch nasse oder besonders präparierte Tücher verstopft werden.“ — „Und in der Praxis? Sturm durch die Türen, Herunterreißen der Tücher, wer hereinkommen kann, stürmt herein, und die Gase drängen ebenfalls herein.“

Weiter ist die Kommission der Ansicht, wenn die Luft zur Belüftung der Unterstände nur aus einer gewissen Höhe entnommen würde, sei kein genügender Schutz gewährleistet. Sie glaubt, daß man auf jeden Fall die Herstellung des Ueberdrucks erforderliche Luft filtern und zudem in größtmöglicher Höhe fassen müsse.

Werden die Räumlichkeiten durch persistierende — beständige — Gase, wie Senfgas, angegriffen, so hat folgendes zu geschehen:

- a) Die verschlossenen Räumlichkeiten und Zufluchtsstätten müssen sofort geräumt werden. — Man muß hier fragen: wohin, hinaus in die verpestete Luft?
- b) Die betroffenen Personen haben sich, soweit ihnen dies möglich ist, auf die Hüften für Gasvergiftete zu begeben, ohne dabei in die öffentlichen Zufluchtsstätten einzudringen — und unterwegs erweist sie ein neuer Ueberfall, sie brechen selbstverständlich in jeden erreichbaren Unterstand ein und vergiften alle Anwesenden!
- c) Die Entseuchungsmaßnahmen müssen so rasch als möglich ins Werk gesetzt werden.

Weiter schlägt das Protokoll der Sachverständigen Schutzmaßnahmen für die Nahrungsmittelvorräte und das Trinkwasser vor und bespricht die Organisation des persönlichen Schutzes durch Gasmasken und Schutzkleidung. Die Kommission kommt aber zu dem Schluß, daß es unmöglich ist, die Gesundheit der Bevölkerung mit individuellen Apparaten auszurüsten. Die Kosten für einen derartigen Schutz sind ungeheuer.

Trotzdem schlägt das Internationale Rote Kreuz einen internationalen Wettbewerb vor mit folgenden Problemstellungen:

1. Eröffnung eines internationalen Wettbewerbs, um den Vorschlag, eine ideale Gaszufuchtstätte zu erlangen.
2. Eröffnung eines internationalen Wettbewerbs, um ein Reagens von idealer Empfindlichkeit zur Entdeckung von Senfgas zu ermitteln.
3. Studium eines passenden Ventilatorstyps, der dazu bestimmt ist, in den Gaszufuchtstätten einen Ueberdruck zu erzeugen. Studium der Luftarmachung der gebräuchlichsten Motoren, um diese Ventilatoren in Betrieb zu setzen.
4. Studium der für die Entseuchungstrupps erforderlichen Spezialanzüge und des für die letzteren geeigneten Materials.
5. Studium der geeigneten Mittel, um die Vorzüge an neutralisierenden Substanzen in den Gaszufuchtstätten zu konservieren.
6. Prüfung von Verfahren, um die von Giftgasen erfaßten Nahrungsmittel wieder genießbar zu machen.

Es soll mit einem Satz von Gertrud Woker geschlossen werden: Nur ein Preisanschreiben für gelunden Menschenverstand, der den Krieg überwindet. — Statt der Zivilbevölkerung mit ungeheuerlichen Opfern „Schutzmöglichkeiten“ die keine sind, zuzumuten — das hat man selber verdient. Frida Perlen.

Der Sklarek-Scandal

Ein kommunistischer Stadtrat der Hauptverantwortliche

Die Sklarek und die SPD-Stadträte Degner ausgeschlossen

WIB Berlin, 1. Oktober.

Heute mittag hat im Rathaus eine außerordentliche Magistratsitzung begonnen, die sich mit dem Sklarek-Scandal und vor allem mit der finanziellen Abwicklung der Stadtkredite an die Kleidervertriebsgesellschaft beschäftigt. Die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der SPD teilt mit, daß die beiden Stadträte Gabel und Degner an den Betrügereien der Sklareks nicht das mindeste Verschulden treffe. Gabel habe aber als Dezernent des Magistrats im April d. J. die Verlängerung des Lieferungsvertrages mit den Sklareks bis zum Jahre 1935 abgeschlossen, ohne die Fraktion und die Partei vorher zu befragen. Dieses Verhalten werde von der Bezirksleitung auf das Schärfste verurteilt. Bezüglich des Stadtrats Degner wird festgestellt, daß er nach seinen Angaben seit Juli 1929 gesellschaftlichen Verkehr mit einem der Gebrüder Sklarek unterhalten habe. Wegen dieses die Partei schädigenden und „unproletarischen“ Verhaltens wurde er ausgeschlossen, sofort sein Amt als besoldeter Stadtrat und sein Stadtvorordnetenmandat niederzulegen. Nach einer Korrespondenzmeldung wird Degner das Verlangen seiner Partei ablehnen.

SPD Der kommunistische Stadtrat Degner, der mit den Gebrüder Sklarek in freundschaftlichen Beziehungen stand, ist von der Bezirksleitung der SPD Berlin-Brandenburg aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden. Der Ausschluß erfolgte, nachdem sich Degner geweiigert hatte, sein Amt niederzulegen.

Stellungnahme der Gläubiger

Die Gläubigerversammlung in Sachen Gebrüder Sklarek, die in Gemeinschaft mit dem Verwaltungsrat der Stadtbank tagte, gab nach einer einstündigen Besprechung einstimmig ohne jeden Widerspruch ihren Willen dahin kund, daß ein Konkurs unter allen Umständen vermieden werden solle, und daß an seine Stelle eine Liquidation trete in der Form, daß die Stadtbank und die Gläubiger eine Gemeinschaft bilden, die die Liquidation abwickelt.

Aussprache im Stadtparlament

SPD Berlin, 2. Oktober.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich am Dienstag in einer mehrstündigen Sitzung mit dem Sklarek-Scandal. Die Debatte war außerordentlich erregt. Sie wurde in vorgeordneter Stunde vertagt. Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge soll in einer besonderen Sitzung stattfinden. Die Sozialdemokratie hat u. a. eine strenge Prüfung aller mit der Angelegenheit Sklarek zusammenhängenden geschäftlichen und dienstlichen Vorgänge beantragt. Sie wünscht ferner, daß das Verhalten aller mit dieser Frage im Zusammenhang stehenden Personen geprüft und darüber hinaus eine Nachprüfung des gesamten Geschäfts- und Kreditgebarens der Stadtbank durchgeführt wird.

Als erster Redner nahm in der Stadtverordnetenversammlung in Vertretung des in Amerika weilenden Oberbürgermeisters Bürgermeister Scholz das Wort. Er erklärte im Namen des Magistrats: Es sei selbstverständlich, daß der Magistrat auf alle Anfragen und Anträge Rede und Antwort stehen werde. Der Vertrag mit den Sklareks habe zunächst bis zum Jahre 1928 gedauert. Da sie vertraglich Kleider und sonstige Lieferungen für die Stadtverwaltung und die Bezirksämter übernommen hätten, hätten sie alsbald mehrfach von der Stadt Kredite gefordert, die ihnen schließlich auch in Höhe von 300000 Mark gewährt worden seien.

Ehe der Vertrag abgelaufen sei, habe der zuständige Magistratsdezernent, der kommunistische Stadtrat Gabel, dessen Verlängerung bis 1935 vorgenommen.

Aus den Vertragslieferungen hätten sich für die Gebrüder Sklarek Geschäftsverbindungen mit der Berliner Stadtbank ergeben, die erst in kleinerem, später in größerem Umfang die Lieferungsanträge beschafft habe. Der Kreditausschuß der Stadtbank sei in jedem einzelnen Fall um seine Zustimmung gebeten worden. Entgegen der bis vor einem Jahre beobachteten Gepflogenheit hätten die Sklareks in den letzten Monaten nicht mehr die Originalbestellscheine an die Stadtbank

Die Konferenz der Labour Party

Zwei Vorklässe gegen die Exekutive

SPD London, 1. Oktober.

Die Dienstagssitzung der Konferenz der Arbeiterpartei wurde durch eine Rede des Ministers für Arbeitsbeschaffung Thomas eröffnet.

Thomas begann seine Ausführungen mit der Feststellung, daß die Regierung mit Recht nach ihren Leistungen in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beurteilt werden würde. Aus seinen Ausführungen geht deutlich hervor, daß die optimistischen Hoffnungen, die man auf seine Reise nach Kanada hinsichtlich der Beschaffung von Aufträgen für die britische Industrie gesetzt hatte, sich nicht erfüllen werden, daß jedoch sowohl die britische Kohlen- und Stahlproduktion als auch die britische Baumwollindustrie voraussichtlich gewisse Vorteile aus Thomas' Bemühungen über See ziehen werden. Auf Thomas' Rede, die die Konferenz infolge des Mangels an konkreten Ergebnissen sichtlich enttäuscht hatte, folgte eine bemerkenswerte zurückhaltende Rede des linken Führers Wheatley. Er legte einen bedeutenden Punkt der gesamten von Thomas eingeleiteten Politik der Arbeitsbeschaffung bloß, indem er seine Bemühungen als ökonomischen Nationalismus schäuferte und unter Hinweis auf Thomas' Versuche, den kanadischen Handel von Amerika auf Großbritannien überzuleiten, bemerkte, daß Thomas dabei sei, im Augenblick, wo sich MacDonald in einer politischen Friedensmission nach Amerika begeben, einen ökonomischen Krieg mit Amerika vorzubereiten.

Die Konferenz nahm hierauf die am Montag unterbrochene Debatte über den Bericht der Exekutive hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung wieder auf, wobei die Kritik der Mitglieder der Exekutive über die Sozialversicherung neuerdings zum Ausdruck kam. Es wurde immer deutlicher, daß ein Teil des Kongresses der sonst keineswegs mit dem linken Flügel sympathisierte, eine Kritik der Linken an der Tätigkeit des Arbeitsministers Frau Margaret Bondfield teilte. Nachdem George Lansbury den Kongress darauf aufmerksam gemacht hatte, daß eine Verwerfung dieses Teils des Berichtes einem Mißtrauensvotum gegen die Exekutive

zur Bevorzugung eingereicht, sondern nur noch Abschriften, und zwar mit der Bemerkung, daß die Originale bei den Bezirksämtern seien. Die Kontrolle bei den Sklareks hätte immer zu deren Gunsten ausfallen müssen, da besondere Bücher geführt worden seien. Im Laufe einer Untersuchung hat sich dennoch eine einwandfreie Feststellung der Betrügereien ergeben, so daß man schließlich die Sklareks als die Täter feststellte und ihre Verhaftung veranlaßte.

Bei der vorgenommenen Hausdurchsuchung seien nicht nur falsche Bücher, sondern auch eine Anzahl gefundene worden, in der alle Fälligkeiten sein äußerlich registriert waren.

Strafrechtliche Vergehen von Beamten hätten sich bisher nicht feststellen lassen. Das vorhandene Warenlager der Sklareks habe einen Wert von 1,2 Millionen Mark. An Forderungen an die Bezirksämter hätten noch einige hunderttausend Mark aussonstige Debitoren seien etwa in Höhe von 350000 Mark vorhanden. Daneben hätten die Sklareks Grundstücke, vier Luxusautos eingeregisterete Bitten und zwei Rennkäufe in ihrem Besitz, deren Wert jedoch sehr fraglich sei. Die Höhe des gesamten Verlustes der Stadtbank sei genau noch nicht bekannt. Die Passiven der Bank beliefen sich auf über 10% Millionen Mark und es sei leider zu befürchten, daß für die Stadt ein Verlust von mehreren Millionen Mark eintreten werde.

Die Frage, wo die Sklareks die ergaunerten Millionen gelassen hätten, sei bis zur Stunde noch nicht geklärt. Vielleicht hätten sie das Geld in das Ausland verschoben, um eine eventuelle Flucht finanziellen zu können. Das sei zum Glück durch das energische Zugreifen der amtlichen Stellen verhindert worden.

Der sozialdemokratische Stadtvorordnete Flatau bezeichnet den Fall Sklarek als die widerwärtigste Angelegenheit, mit der sich die Stadtverordnetenversammlung bisher zu beschäftigen gehabt habe. Trotz der Erklärungen des Bürgermeisters seien viele Unklarheiten geblieben. So sei es z. B. unbegreiflich, warum die früher im Verkehr mit den Gebrüder Sklarek geschaffenen Sicherheiten plötzlich außer Acht gelassen worden seien. Unmöglich sei auch, daß der Magistrat die Stadtbankdirektoren und die versagenden Kontrollbeamten auf ihrem Posten belassen habe. Unverständlich sei ferner, wie der noch laufende Vertrag bereits lange vor seinem Ende bis zum Jahre 1935 hätte verlängert werden können. Gelegentlich einer Debatte über das städtische Ankaufsgeschäft hätten die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion gegen diese Methode sehr energisch protestiert. Wörtlich fuhr Flatau fort:

„Ich kenne das Verfahren im Kreditausschuß der Stadtbank nicht. Aber es sind alle Parteien darin vertreten, und gerade die Kreise, die jetzt anderen Parteien die Schuld an dem Scandal zuschieben möchten, haben die Mehrheit in dem Ausschuss. Gewisse Kreise, die sich auf ihre kaufmännischen Fähigkeiten sehr viel einbilden, haben ohne Bedenken die Kreditgewährung an die Sklareks gebilligt, und es scheint fast, als ob sie ihre eigenen Kredite dabei nicht gefährden wollten. In der Bezirksversammlung Mitte hat der Kommunist Wisnewski einen Antrag eingebracht, nach dem der Vertrag mit den Sklareks zu lösen sei, da die gelieferten Waren minderwertig waren. Der Antrag wurde schließlich durch die SPD-Fraktion zurückgezogen. Ich hier eine unzulässige Beeinflussung durch den zuständigen Magistratsdezernenten etwa vorgenommen worden? Der sozialdemokratische Bürgermeister Herz vom Bezirk Kreuzberg veranlaßte eine Rundfrage an die Bezirksämter, wie man mit den Lieferungen der Sklareks zureichen sei. In diesem Falle steht fest, daß der zuständige Magistratsdezernent sofort die Umfrage verhindert. Ist es ferner wahr, daß der Direktor vom Krankenhaus in Reinickendorf veranlaßt wurde, besondere Wäschebestellungen bei den Sklareks zu machen?“

Der zuständige Magistratsdezernent, der alle diese Sachen zu verantworten hat, ist der kommunistische Stadtrat Gabel. (Lebhafte Hör-Hör-Rufe bei den Sozialdemokraten.)

Es ist in der Öffentlichkeit auf das Verhältnis von Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei zu den Gebrüder Sklarek hingewiesen worden. Sollte festgestellt werden, daß Sozialdemokraten ihre Stellung ausgenutzt haben, um den Sklareks Vorteile zu verschaffen, so wird die Partei mit aller Energie gegen diese Mitglieder vorgehen, ebenso wie sie gegen die Sklareks selbst vorgegangen ist, die bekanntlich aus der Partei ausgeschlossen wurden. Ich erkläre in aller Öffentlichkeit, daß es die Sozialdemokratische Partei nicht unbedingt nötig hat, Renckhoff'sche zu organisieren. Der gesellschaftliche Verkehr, der mit den Sklareks gepflogen wurde, gibt jedenfalls kein Recht, Angriffe gegen Mitglieder unserer Partei zu richten.“

und damit gegen die Regierung gleichkomme, erzielte die Exekutive in der Abstimmung eine kleine Mehrheit. Für die Exekutive wurden 110000, gegen die Exekutive 727000 Stimmen abgegeben.

Die Nachmittagsitzung wurde mit einer Rede Tillets eingeleitet, der als Vertreter der Gewerkschaftsbewegung den Kongress offiziell begrüßte. Aus seinen Ausführungen ging die deutliche Mahnung an die Regierung hervor, das Antigerichtsausschusses der konservativen Regierung mit möglicher Beschleunigung aufzuheben. Dann begann der Kongress eine seiner wichtigsten Aufgaben, die Beratung der neuen Parteiführungen der Arbeiterpartei. Entgegen allen Erwartungen gestaltete sich die Aussprache zu einer überaus bewegten, wenn auch in hinsichtlichem Ton gehaltenen grundsätzlichen Debatte, die mit einem Rückzug der Exekutive abschloß. Es handelte sich um folgendes: Die Exekutive hat in ihrem Sachungsentwurf die Neubeschaffung einer neuen Mitgliederkategorie gefordert. Neben der Kollektivmitgliedschaft in Gewerkschaften und sozialistischen Gesellschaften und der Einzelmitgliedschaft bei den Ortsgruppen der Arbeiterpartei sollte eine neue Parteimitgliedschaft geschaffen werden, die es ermöglichen würde, der Partei unmittelbar anzugehören, ohne die Vermittlung der Gewerkschaften oder der Ortsgruppen. Trotzdem die Exekutive in berehenden Worten auf die finanziellen Vorteile dieser neuen Einrichtung hinwies, wandte sich Redner auf Redner gegen diese Institution, die geeignet sein würde, die Arbeiter in der Arbeiterpartei noch weiter zu vertreiben, eine Art Aristokratie innerhalb der Labourparty zu schaffen, die es den neuen Parteimitgliedern ermöglichen würde, sich der Kontrolle und Verantwortung gegenüber den Ortsgruppen zu entziehen. Da sich von Minute zu Minute deutlicher zeigte, daß die Konferenz die Gefahr dieser neuen Kategorie von Mitgliedern unmerklich höher einschätzte, als die möglichen Vorteile, entschloß sich die Exekutive, ihren Vorschlag zurückzuziehen und damit eine sichere Abstimmungsüberlage zu vermeiden.

Verantwortlich für den sozialistischen Teil: Hermann Baerbois in Velpke. Verantwortlich für den proletarischen Teil: Hugo Seppel in Velpke. Druck und Verlag: Verlag der Buchdruckerei „Volksgemeinschaft“, Velpke.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Kommunistenjagd in Bulgarien

Die Polizei verhaftete in den letzten Tagen wiederum zahlreiche Kommunisten, die angeblich illegal organisiert waren und anlässlich der Wiederkehr des Septemberversuches im Jahre 1923 im Begriff standen, eine große Kundgebung vorzubereiten.

Die bulgarische Telegraphenagentur berichtet: Eine Unterfuchung über die Geheimorganisation der kommunistischen Jugend führte in der Wohnung eines Arbeiters zur Entdeckung von Material des Zentralkomitees der Partei, insbesondere eines Schriftwechsels mit der kommunistischen Internationale und den Führern der agrarkommunistischen Emigranten, ferner mehrerer Bomben.

Der Vertreter der mazedonischen revolutionären Organisation im Ausland, Georgi Saida roff, wurde hier ermordet. Saida roff war einer der bekanntesten Anhänger des ermordeten Generals Protogeroff. Die Mörder sind flüchtig.

Bereitetes Attentat

SPD Sofia, 30. September.

Eine aus Südbulgarien eingedrungene siebenköpfige, schwer bewaffnete Emigrantenbande, die seit Tagen die nordwestlichen Grenzbezirke unsicher macht, plante am Sonnabend einen Bombenanschlag auf den Schnellzug Sofia-Barna.

Die Sozialistenverfolgungen in der Türkei

SPD Stambul, 30. September.

Die kürzlich in Smyrna wegen angeblicher Vorbereitung eines Staatsstreiches zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilten 25 türkischen Sozialisten sind aus dem Gefängnis von Siverek weiter nach Osten transportiert und auf die Gefängnisse von Arsan, El Afs und Diarbekir verteilt worden.

Wahlniederlage der Venizelos-Partei

TH Athen, 30. September.

Die Kommunalwahlen in Saloniki, die seinerzeit keine Entscheidung brachten, wurden am Sonntag wiederholt. Dem Ausgang der Wahlen sah man mit großer Spannung entgegen, zumal die Liberale Venizelos-Partei größte Anstrengungen machte, die bisherige Hochburg Saloniki zu halten.

Amnestieverhandlungen in Koblenz

Der Demokratische Pressedienst teilt mit: In Koblenz finden zur Zeit Verhandlungen zwischen Bevollmächtigten der Deutschen, der Belgischen und der Französischen Regierung statt, in denen über eine aus Anlaß der Räumung der besetzten Gebiete zu erlassende Amnestie beraten wird.

Die Engländer verlassen das Saargebiet

WVB Saarbrücken, 30. September.

Der für heute nachmittag angelegte Abmarsch der englischen Bahnschutztruppen vollzog sich ruhig und ohne Störung. Nach einer kurzen militärischen Feier und der Einholung der Flagge zogen die Truppen durch die Stadt zum Bahnhof, wo französische und belgische Militärspalten bildete.

Irland will in den Völkerbundrat

TH London, 1. Oktober.

Die Regierung des irischen Freistaates wird nach Dubliner Meldungen auf der nächstjährigen Tagung der Völkerbundsversammlung die Forderung stellen, an Stelle Kanadas in den Völkerbundrat gewählt zu werden.

Die Kommunalbetriebe in Gefahr

Der Ueberfremdungsplan des Dr. Kehl

In der Nachkriegszeit hat die Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses auf die kommunale Selbstverwaltung dazu geführt, die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen zu steigern und durch Verneuerung der kommunalen Wirtschaftsunternehmungen den Nachschub des Privatkapitals einzuschränken.

Die Gefahr, daß das Privatkapital seinen lang gehegten Wunsch, die Kommunalbetriebe in seine Gewalt zu bekommen, verwirklicht, ist sehr groß und sehr in der Nähe gerückt.

Die Saat, die Schacht gefät hat, ist nahe daran, die üppigsten Früchte zu zeitigen. Da seine Beratungsstelle den Kommunen die Aufnahme von Auslandsanleihen aus äußerster Notwendigkeit hat, waren sie gezwungen, um ihre notwendigen Ausgaben zu bestreiten, entweder sich Anleihen auf Umwegen und zu außergewöhnlich hohen Zinskosten zu beschaffen oder zu kurzfristigen Krediten ihre Zuflucht zu nehmen.

eine ganze Reihe von Kommunen in die größten Finanzschwierigkeiten geraten

Ist, obwohl von einer nicht katastrophalen Geldnot in Deutschland im allgemeinen nicht gesprochen werden kann.

Es sind sehr energische Bestrebungen im Gange, die finanzielle Notlage der Kommunen zu einer Entkommunalisierung kommunaler Betriebe auszunützen. Ein Vorstoß nach dieser Richtung ist auf der jüngsten Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie von dem Direktor der Deutschen Bank, Dr. Kehl, unternommen worden.

sondern sogar produktiver und rentabler als die großen Trustgesellschaften. Wie könnte sonst Herr Dr. Kehl den Vorschlag machen, daß die Kommunen die Alleinverfügung über ihre wirtschaftlichen Unternehmungen preisgeben, um sie überfremden zu lassen?

Das Renteninteresse der Aktionäre.

Die neu gebildeten Aktiengesellschaften müssen schon deshalb befreit sein, die Aktionäre bei der Dividendenauszahlung nicht zu kurz kommen zu lassen, weil sie ein Interesse daran haben, die Aktienkurse hoch zu halten, um sich die Finanzierung mit Hilfe der Ausgabe neuer Aktien nicht zu verteuern.

Die Privatisierung öffentlicher Betriebe mit Spekulationsgewinnen auf deren Kosten und auf Kosten der großen Verbrauchermassen zu verbinden.

Am 30. 9. haben wir von dem Vorstoß berichtet, den die Demokraten mit der Forderung der Besteuerung kommunaler Betriebe gemacht haben. Der Angriff gegen die Regierbetriebe erfolgt also von verschiedenen Seiten und mit guter Vorbereitung.

Monopoliktatur im Linoleumtrust

SPD Die Herren des europäischen Linoleumtrustes zeigen der internationalen Verbraucherschaft jetzt, daß sie nicht umsonst ein faktisch kadenloses Monopol in Europa besitzen. Der sogenannte kontinentale Linoleumtrust, der unter deutscher Führung die Linoleumindustrie Deutschlands, der skandinavischen Länder und der Schweiz vor anderthalb Jahren zusammengefaßt hatte, wollte sich mit dieser schon durchaus beherrschenden Stellung auf dem Weltlinoleummarkt offenbar nicht begnügen.

Als kurz nach der Gründung der Kontinentalen Linoleum-Union die Preise für diesen wichtigen Verbrauchsstoff ganz unwesentlich heruntergesetzt wurden, da konnten sich die Trustherren in öffentlicher Selbstbelobigung nicht genug tun. Trotz wiesen sie darauf hin, wie schnell und wirksam sich die Verdrängung des Linoleums für die breiten Massen der Verbraucher ausgedehnt habe.

Letztes Verhandlungstag der Interparlamentarischen Handelskonferenz

SPD Die Interparlamentarische Handelskonferenz beschäftigte sich am Donnerstag, dem letzten Verhandlungstage, mit den Fragen der Lebenshaltung in der Landwirtschaft. Die Erörterungen erstreckten sich insbesondere

Der „Selbstmörder“ stellt sich Die Komödie vom Königssee

TH Wien, 1. Oktober.

Die Wiener Polizei hat mit ihrer Vermutung Recht behalten, daß der geheimnisvolle Briefschreiber vom Königssee der Wiener Goldfüßlerkönig Ernst Winkel ist. Ernst Winkel erschien am Dienstag bei der Polizei, wo er sich als der angebliche Selbstmörder vom Königssee vorstellte. Er erzählte, daß er am 14. September über Salzburg nach Berchtesgaden am Königssee gefahren sei, wo er in dem Hotel „Königssee“ wohnte.

auf das Problem der Landflucht. Den Beratungen lagen mehrere Entschlüsse zugrunde, die der Landwirtschaftliche Ausschuss nach mehrwöchiger Beratung angenommen hatte. Den Bericht erstattete der polnische Delegierte Graf Lubiencki. Er betonte, daß die Landflucht eine ernste Gefahr für alle Länder darstelle und daß es Pflicht aller Parlamente sei, sich mit ihr mehr als bisher zu beschäftigen.

Beginn der internationalen Kohlenkonferenz

Am Montag begann im Völkerbundesekretariat unter Leitung des Vorsitzenden des Kohlenausschusses, des Staatssekretärs Trenbelenburg, die Sachverständigenkonferenz über das internationale Kohlenproblem. Als Sachverständige der deutschen Bergarbeiter sind der erste Vorsitzende des Bergbau-Industriearbeiter-Verbandes H. J. Mann und Dr. Berger erschienen. Dr. Silberberg und der Generaldirektor des Ruhr-Kohlenyndikates, vertreten die Grubenbesitzer, denen als besonderer Sachverständiger der oberste Kohlenrat, der oberste Sachverständigenrat, hinzugezogen ist.

Diskontenerhöhung und Arbeiterregierung

Die Morgenpresse nimmt allgemein an leitender Stelle zu der Erhöhung des Diskontsatzes der Bank von England Stellung und betont, daß sie zwar außerordentlich bedauerlich, aber im Interesse des Landes notwendig gewesen sei. Alle Blätter weisen auf die Rückwirkungen hin, die dieser Schritt für Handel und Industrie in England haben werde.

Am Freitag ist zwischen dem anhaltischen Fiskus und der Preussag das Abkommen über die Anhaltischen Salzwerke unterzeichnet worden. Damit gehen die gesamten Ralliquoten der Anhaltischen Salzwerke GmbH in den Besitz Preussags über. Der Anschlag, ein altes staatliches Unternehmen der Privatwirtschaft überantworten zu wollen, ist damit abgeschlossen worden.

Zur Fusion der Großbanken. In der Angelegenheit der Verschmelzung der Deutschen Bank mit der Disconto-Gesellschaft haben Besprechungen zwischen den beteiligten Arbeitnehmerverbänden und dem Reichsarbeitsministerium stattgefunden. Das Reichsarbeitsministerium hat die weiteren Verhandlungen auf Anfang nächster Woche festgelegt.

Der Endkampf um die Arbeitslosenversicherung

Die Abstimmungen

Bei der Eröffnung der heutigen Reichstags-Sitzung gedachte Vizepräsident Graf (Thüringen) des 50. Jubiläums des Reichstags und drückte dem Reichsgericht die Glückwünsche des Reichstages aus.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung der Vorlage zur Reform der Arbeitslosenversicherung. Den Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses gibt der Abgeordnete Riese (Hr.). Da die Einzelheiten dieses Berichtes schon allgemein bekannt waren, hatten sich einige Fraktionen zu Sitzungen zurückgezogen. Bevor der nächstfolgende Redner, Genosse Jäder, das Wort ergreifen konnte, beantragt Abg. Stöcker (Komm.) Vertagung der Sitzung.

Seine eigene Fraktion war aber gleichfalls so schwach vertreten, daß er für seinen Antrag nicht die notwendige Unterstützung von dreißig Abgeordneten fand. Nunmehr beantragte er die Herabsetzung des Reichsarbeitsministeriums Wiffel, der einer Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion beiwohnte. Da sich aber inzwischen das Haus wieder gefüllt und auch der Minister auf der Regierungsbank Platz genommen hatte, war dieser Antrag erledigt. Stöcker wiederholte nunmehr seinen Antrag auf Vertagung, der abgelehnt wurde.

Abg. Jäder (Soz.)

Gegenüber dem, was alles in den letzten Jahren als Mißbrauch bezeichnet worden ist, muß gesagt werden, daß nur ein geringer Teil der gegen die Arbeitslosenversicherung erhobenen Anschuldigungen sich als wahr herausgestellt habe.

Die Arbeiter erklärten, daß sie lieber polnische Arbeiter einstellen, weil diese billiger sind. Gegenüber den Behauptungen von dem Sinken der Arbeitsmoral der Landarbeiter seit Einführung der Arbeitslosenversicherung können wir nur feststellen, daß die Arbeitsmoral bei den Arbeitgebern gesunken ist, bei den Arbeitern kann man jedenfalls feststellen, daß die Arbeitsleistung größer geworden ist, ohne daß, wie in der Industrie, die Arbeitsmethoden modernisiert worden wären.

Es hat sich herausgestellt, daß fast alle Fälle von angeblichen Mißbräuchen als nicht bestehend ermittelt werden konnten. Die Untersuchungen haben fast reißlos ergeben, daß diese Mißstände in unerhörter Weise aufgebauscht oder geradezu aus der Luft gegriffen wurden. Gehen Sie in die Häuser hinein, in denen Unterstützung notwendig ist, und sehen Sie sich das graue Kleid darin an, dann werden Sie nicht mehr solche Behauptungen aufstellen.

Im Interesse der Selbstverwaltung und der lebendigen Verbindung der Reichsanstalt mit den ihr zugewiesenen Aufgaben können wir dem Reichsrat die Regierungsvorlage unsere Zustimmung nicht geben. Wir wünschen, daß die Möglichkeit der Unterbringung von Kräften aus der Wirtschaft in der Verwaltung der Reichsanstalt nicht unterbunden wird. Diesem Wunsche trägt die veränderte Ausschussfassung nimmlich Rechnung. Ebenso wünschen wir, daß der Reichsrat die Regierungsvorlage wieder hergestellt wird. Wenn Sie wirklich ehrlich befragt sind, die Arbeitsmoral zu heben und Mißstände zu beseitigen, dann müssen Sie den Arbeitsämtern Gelegenheit geben, den Arbeitswillen der Arbeitslosen zu prüfen. Dazu ist notwendig, daß die offenen Stellen den Arbeitsämtern gemeldet werden. (Zurufe der Komm.) Die Deutschnationalen versuchen auch diesmal wieder, den Kreis der in die Arbeitslosenversicherung Einbezogenen zu verengen. Sie haben beantragt, gewisse Gruppen von dem Genus der Arbeitslosenversicherung auszuschließen. Wir Sozialdemokraten sind anderer Ansicht. Nach unserer Überzeugung muß die Arbeitslosenversicherung auf alle Berufsgruppen ausgedehnt werden.

Die Sozialdemokratische Partei hat im Bewußtsein ihrer Verantwortung alles getan, um Verschlechterungen der Arbeitslosenversicherung abzuwenden. Dieser unserer Aufgabe gegenüber der Arbeiterschaft werden wir treu bleiben. Wir haben dafür gesorgt, daß besonders für die Landarbeiterschaft keine Verschlechterung eintritt. Die von den Deutschnationalen beantragte Einführung von Erleichterungen würde die Abschlagung der Arbeitslosenversicherung bedeuten. Wir haben es begrüßt, daß der Kreis der Berechtigten durch Einbeziehung der besser bezahlten Angestellten erweitert wurde. Die Sozialdemokratische Partei wird weiter dafür kämpfen, daß die gesamte Landarbeiterschaft in die Arbeitslosenversicherung einbezogen wird. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Schumann, Leipzig (Komm.), bringt Beschwerden vor gegen die Haltung mancher Beamten in den Arbeitsämtern.

Abg. Dr. Agnew (Dnat.) führt aus, die Vorlage enthalte viele Bestimmungen, die der Landwirtschaft große Schädigungen zufügen. Eine Beitragserhöhung sei für die Landwirte ganz unannehmbar.

Abg. Liffé (Soz.)

Ueber die Art, wie die kommunistische Fraktion die Interessen der Arbeiterschaft vertritt, wird die Arbeiterschaft dadurch geführt ins Bild gesetzt, daß sowohl die Nationalsozialisten als auch die Kommunisten mit den gleichen Argumenten gegen die Sozialdemokraten zu Felde ziehen. In welcher Weise die Kommunisten ihre Behauptung, die Sozialdemokratie trete für den Unternehmungsabbau ein, tatsächlich fundieren, beweisen verschiedene Feststellungen, die ich machen konnte.

Ich habe gestern festgestellt, daß die kommunistische Vorhänge des Erwerbslosen-Ausschusses Berlin-Brandenburg in einer Beratung behauptete, die Sozialdemokratie unterstütze den Plan einer Senkung der Arbeitslosenunterstützung um die Hälfte. (Lärm bei den Komm.)

Die gleiche Auffassung haben, wie ich mir habe erzählen lassen, zwei kommunistische Abgeordnete aus der Reihe nach Berlin vertreten. Das zeigt, mit welcher Genauigkeit die kommunistischen Abgeordneten und Versammlungsredner ihre Vorlesungen studieren. (Lärm und Zurufe bei den Komm.)

Am auf einige Fragen des Regierungsentwurfes einzugehen, wo wir über die vorgesehene Formulierung nicht erfreut sind, möchte ich hinweisen auf den Paragraphen, in dem die neue Definition der Arbeitslosigkeit enthalten ist. Die Bestimmung, daß als arbeitslos nicht gilt, wer im Betrieb des Ehegatten, der Eltern oder Voreltern von Abstammigen oder Geschwister den gemeinsamen Lebensunterhalt mit erwirbt oder mit erwerben kann, falls dies dem Beteiligten nach Lage der Verhältnisse billigerweise zuzurechnen werden kann, darf u. E. nicht so ausgelegt werden, daß die Voraussetzungen dazu schon gegeben sind, wenn die Betroffenen einzeln in häuslicher Gemeinschaft leben.

Meine persönliche Überzeugung ist es (Zuruf von den Komm.: Nur deine persönliche Überzeugung!), — ein sozialdemokratischer Abgeordneter hat es nicht nötig, mit einem fix und fertigen Programm aus der politischen Gardie von Moskau vor den Reichstag zu treten. Er braucht keine Angst zu haben, eines Tages weder Abgeordneter noch überhaupt Mitglied der KPD zu sein. (Lärm bei den Komm.) — Meine persönliche Meinung ist es also, daß der Verband der privaten Krankenversicherungsanstalten mit seinem Angebot nur einen Schlag gegen die Krankenversicherung der Arbeitslosen führen wollte. Die Westdeutsche Versicherung hat schon am 6. September nachgewiesen, daß die heutige Art der Krankenversicherung der Erwerbslosen die beste Regelung im Interesse der Erwerbslosen darstellt. Der Arbeitslose, der zu einem von der privaten Krankenkasse angestellten Bezirksarzt kommen würde, wäre von vornherein als Arbeitsloser signifiziert und würde auch dementsprechend behandelt werden. Ich habe noch zu erklären, daß die kommunistische Fraktion hier im Reichstag viel energischer als im Sozialpolitischen Ausschuss auftritt. Das wundere mich nicht. Es mag

daran liegen, daß im Sozialpolitischen Ausschuss wirkliche Sachverständigenarbeit verlangt wurde und daß die Kommunisten gezwungen waren,

mit den Sozialdemokraten die schwierigen Bestimmungen in ihren Einzelheiten durchzuarbeiten und zum Teil abzulehnen.

Ich glaube schon heute voraussetzen zu können, daß die deutsche Arbeiterbewegung, von Tag zu Tag mehr als früher das Urteil über die Kommunisten fällen wird. (Beifall bei den Soz. — Lärm und Zurufe bei den Komm.)

Abg. Hädel (Komm.) erklärt, daß die Gesetzesvorlagen der kommunistischen Partei, die vorher allein im Sachverständigenausschuss beraten wurden, erst am 19. September zugegangen seien.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Behrens (Dnat.) und Schröder, Merseburg (Komm.), erhält das Wort der Abg. Rieseberg (Dnat.). Er kommt eilig in den Saal und sucht auf seinem Platz sein Manuskript. Unter großem Gelächter der Linken verzichtet er schließlich aufs Wort.

Abg. Graf Westarp (Dnat.) protestiert gegen die Art der Verhandlungen. Minister Wiffel habe sich noch nicht einmal zu den Ausschussbeschlüssen geäußert, durch die seine Vorlage durchgehört worden sei. Der Reichsfinanzminister müsse auch erklären, ob er das Millionenbudget der Arbeitslosenversicherung, das durch die neuen Beschlüsse entstehe, auf die Reichskasse übernehmen wolle.

Abg. Gerlach (Soz.)

Das Sondergesetz erscheint auch uns nicht als ideale Lösung. Wir sind aber der Auffassung, daß die von ihm vorgeschlagene Beitragserhöhung nichts schaden wird. Die Regelung des § 1, der wir zustimmen werden, halten wir für günstiger als die im vorigen Jahre. Ein großer Vorteil ist der Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung. (Lärm bei den Komm.)

Ich wundere mich über Ihre Zurufe, da in Russland für Saisonarbeiter überhaupt keine Unterstützung existiert.

Aber einer weitergehenden Befragung der Saisonarbeiter, wie sie verschiedene Anträge durch Verlängerung der Wartezeit und weitere Senkung der Unterstützungssätze eingeführt wissen wollen, können wir keinesfalls zustimmen. Die Sanierung der Reichsanstalt kann nicht vorgenommen werden auf Kosten eines anderen Lastenträgers. Durch die Beschneidung der Mittel und der Leistungen der Reichsanstalt entsteht eine neue schwere Belastung der Gemeinden und Gemeindeverbände, die heute schon einen überwiegenden Teil ihrer Wohlfahrtsausgaben an die sogenannten „Wohlfahrtsverwerfungen“ zu leisten haben.

Ich richte eine dringende Warnung an den Reichstag: Die Sanierung der Arbeitslosenversicherung nicht auf Kosten der Gemeinden vorzunehmen, wie das die Anträge der Rechten vorschlagen. Die Gemeinden müssen sich dann nach neuen Steuern umsehen, da bereits jetzt die Reichsteuerüberweisungen aus dem Finanzausgleich bei weitem nicht zur Deckung der kommunalen Wohlfahrtssetats ausreichen. Man müßte sich dann entscheiden, ob man den Reichsetat im Sinne einer Erhöhung der Überweisungen ändern wollte oder ob die Reichskasse direkt belastet werden soll.

Reichsfinanzminister Dr. Hilferding nimmt das Wort zu einer kurzen Erklärung auf die Anfrage Westarps. Er sei nicht in der Lage, jetzt schon über die Auswirkung von Beschlüssen zu sprechen, noch bevor diese Beschlüsse gefaßt seien. Nach der Beschlußfassung sei er natürlich gern zu jeder Auskunft bereit.

Abg. Frau Teusch (Z.) weist kommunistische Anträge gegen die produktive Erwerbslosenfürsorge in Köln zurück.

Abg. Graf Westarp (Dnat.) erklärt, die Antwort des Reichsfinanzministers entspreche nicht den Anforderungen an eine sachgemäße Auskunft. Der Redner beantragt die Aussetzung der Beratung, bis die Änderungsanträge gedruckt vorliegen.

Der Antrag Westarp wird abgelehnt.

Abg. Schmitt-Merseburg (Komm.) bekämpft die Bedürftigkeitsprüfung für die Saisonarbeiter.

Zwischen sind einige Anträge der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei eingegangen. Das Haus vertagt sich um 1 Stunde, damit die Abgeordneten nach Durchsicht der Anträge Gelegenheit haben, sie im einzelnen kennen zu lernen.

Um 18.30 Uhr wird die neue Sitzung eröffnet.

Abg. Esser (Zentr.): Das Zentrum hat bisher die größte Zurückhaltung in der Debatte geübt, weil neue Gesichtspunkte zur Arbeitslosenfrage bisher nicht vertreten wurden. (Sehr wahr! bei den Regierungsparteien.)

Als das Arbeitslosenversicherungsgesetz geschaffen wurde, konnte man die Veränderungen in der Produktion nicht voraussehen, die die Arbeitslosenzahl so erhöhen sollten. Die Arbeitslosenfrage sollte überhaupt mit mehr Ernst behandelt werden. (Sehr wahr!

bei den Regierungsparteien. Zuruf der Komm.: Und mit weniger Heuchelei!) Für uns handelt es sich darum, die Reinigung der Arbeitslosenversicherung von dem Makel ihrer ungünstigen Einwirkung auf Arbeitsethik und Arbeitsmoral und ihre finanzielle Sicherstellung zu erreichen. Nur damit kann dieses Werk von einzigartiger sozialpolitischer Bedeutung erhalten werden. (Lärm und Widerspruch der Komm.)

Redner bedauert, daß der Antrag Rieseberg-Teusch im Ausschuss besonders durch die Änderungsanträge der Deutschen Volkspartei vollkommen verzerrt worden sei. Die Unterstützungssätze wären durch diese Änderungsanträge zum Teil bis auf 13 Mark pro Woche gesenkt worden. Das bedeutet die Preisgabe der Arbeitslosen an den Hungertod und eine unerträgliche Belastung der kommunalen Wohlfahrtsanstalten.

Wir haben die Anträge der Deutschen Volkspartei aus der Erwägung abgelehnt, daß die Wirtschaft eher die eine auf sie entfallende Hälfte einer Beitragserhöhung um 1/2 Prozent tragen kann, als die Erhöhung der Realsteuern als Folge der Überbelastung der Wohlfahrtsfürsorge. Im übrigen bringen die von der Deutschen Volkspartei vorgeschlagenen Einsparungen nicht den Betrag, der zur Deckung des Defizits der Reichsanstalt erforderlich ist. (Beifall bei den Soz., Dem. und Zentr.)

Abg. Hued (D.Vp.): Unsere Fraktion nimmt für sich in Anspruch, daß sie das vorliegende Problem durchaus sachlich auch im Interesse der Arbeitnehmer behandelt hat. (Lachen links.) Wir stimmen dem Abg. Esser darin zu, daß bei der Schaffung der Arbeitslosenversicherung die wirtschaftliche Entwicklung nicht richtig vorausgesehen wurde, wir ziehen daraus aber andere Konsequenzen. Wir haben von vornherein Anträge gestellt, die das Mindestmaß dessen darstellen, was eingepart werden mußte, um die Reichsanstalt ohne Neubelastung der Wirtschaft zu sanieren.

Abg. Graf Westarp (Dnat.) gibt die Deutschnationale Fraktion darauf zurück, daß sie weiterhin an den Beratungen zu beteiligen, weil die herrschende Verwirrung keine klare und sachliche Behandlung der Probleme zulasse.

Abg. Dr. Brauns-Köln (Zentr.): Wie mein Parteifreund Esser bereits erklärte, spricht sich meine Fraktion gegen die Anträge der Deutschen Volkspartei aus, die auf eine sozial nicht vertretbare Herabminderung der Unterstützungen abzielen. Die Rede des Herrn Abg. Hued zeigte einen ungeheuren Mangel an sozialem Verständnis. (Bravo! Händeklatschen bei den Soz., Dem., Zentr.) Vor einem Winter, der vielleicht noch schlimmer in seinen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt werden kann, als der vergangene, ist die Einstellung der Fraktion der Deutschen Volkspartei unverständlich. Der Ton und die Art, wie sich die Deutsche Volkspartei und Herr Abg. Hued zu den außerordentlich wichtigen Problemen stellen, ist tief bedauerlich und trägt bei zur Vertiefung der sozialen Kluft im deutschen Volke, widerspricht also auch den nationalen Interessen. Am deutlichsten hat uns das Echo von ganz links gezeigt. (Beifall bei den Soz., Dem. und Zentr.)

Wenn die Deutsche Volkspartei diese schwere Frage und die Möglichkeiten zu ihrer Lösung wie bisher nicht zu Ende denkt, so ist es vielleicht besser, die Entziehung des Wortes anzugreifen. (Abst. rechts. Beifall bei den Soz., Dem. und Zentr.)

Abg. Graf Westarp (Dnat.) erklärt, daß seine Fraktion sich an den Einzelabstimmungen beteiligen werde, sich aber ihre endgültige Stellung vorbehalten müsse.

Der von den Kommunisten beantragte Meldeweg für freiwerdende Stellen wird in namentlicher Abstimmung mit 379 gegen 48 Stimmen bei 9 Enthaltungen abgelehnt.

Auf Antrag der Regierungsparteien mit Ausnahme der Deutschen Volkspartei wird die vom Reichsrat gestrichene Bestimmung wieder hergestellt, daß der Reichsarbeitsminister den Meldeweg für besetzte Stellen anordnen kann.

§ 80 a, der die Definition der Arbeitslosigkeit enthält, wird in namentlicher Abstimmung mit 387 gegen 48 kommunistische Stimmen bei 10 Enthaltungen der Nationalsozialisten angenommen.

Der Kompromißantrag der Rumpfkommunion, der den jetzt in der besetzten Vorlage enthaltenen, im Ausschuss angenommenen Antrag Lemmer über die Anwartschaftszeit in die Hauptvorlage eingefügt, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Der volksparteiliche Antrag über die gestaffelte Leistungs-minderung wird gegen die Volkspartei, die Deutschnationalen und die Wirtschaftspartei abgelehnt.

Vizepräsident Esser schlägt vor, die dritte Beratung der Arbeitslosenversicherung am Donnerstag, 10. Uhr, zu beginnen.

Abg. v. Wendhausen (Christl.-nat. Bauernp.) beantragte, die Beratung eines Mißtrauensantrages gegen den Reichsinnenminister Seering wegen der Verhaftung von Landvolkführern im Zusammenhang mit den Bombenattentaten.

Abg. Graf Westarp (Dnat.) beantragt die Abhaltung einer Sitzung am Mittwoch, in der der Youngplan zur Beratung kommen soll.

Dieser und alle übrigen Geschäftsordnungsanträge werden abgelehnt. Es bleibt bei dem Vorschlag des Vizepräsidenten Esser. Schluß der Sitzung 22 Uhr.

Shearer vor dem Untersuchungsausschuß

Die amerikanische Aufrüstungspropaganda

WTB Washington, 1. Oktober.

Vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der sich mit der Aufrüstungspropaganda der Schiffbauindustrie befaßt, wurde mit der Vernehmung des viel genannten Agenten Shearer begonnen. Shearer erklärte, er habe bei einem von der Marine im November 1928 veranstalteten Essen eine Rede gehalten und auf Grund dieser Rede sei die gesamte Schiffbauindustrie an ihn herangegangen. — Wake man, der Vizepräsident der Bethlehem-Schiffbau-Gesellschaft, hätte zu ihm gesagt: „Wir denken, Sie wollten nach Washington gehen und versuchen, eine Entscheidung des Bundestages hinsichtlich der Kreuzerfrage herbeizuführen.“ Auf Wunsch der Schiffbauinteressen, die von der Werbung der Dinge in Washington entzündet gewesen seien, sei er dann später nach Genf gegangen. Kein einziges Mitglied der amerikanischen Delegation in Genf habe gewünscht, daß die Konferenz scheitere, und er habe auch niemand behauptet, daß er das Scheitern der Konferenz herbeigeführt habe. Er habe nicht den Reßschlag der Konferenz erkräftigt, sondern lediglich seinen Bestand und seine Fähigkeiten dazu benutzt, um zu erfahren, wie die Dinge stünden.

Im weiteren Verlauf seiner Vernehmung erklärte Shearer, er sei der Ansicht gewesen, daß er einen zehnjährigen Vertrag mit den Schiffbaufirmen mit einem Gehalt von jährlich 25 000 Dollar habe. Auf die Frage, was er in Genf tun sollte, antwortete Shearer: „Ich ging nach Genf, um dafür zu sorgen, daß die amerikanische Marine hinsichtlich der Publizität ihr Recht erhalte. Die Schiffbaufirmen haben mir niemals Halt geboten.“ Zu der plötzlichen Aushebung seines Vertrages mit den Schiffbaufirmen erklärte Shearer: Barbo kam hierher und berichtigte, Kellogg hätte der Bethlehem-Gesellschaft gesagt, sie sollte sich loswerden, sonst würde das Justizamt den von der Regierung im Jahre 1910 gegen die Bethlehem Steel Co. anhängig gemachten Prozeß, bei dem es sich um 15 Millionen Dollar handelte, eröffnen.

WTB Washington, 1. Oktober.

Bei der weiteren Vernehmung des Agenten Shearer stellte Senator Allen an Shearer die Frage, wer ihn bezahlt habe, seit er nicht mehr für die Schiffbaufirmen tätig sei. Shearer antwortete, der Zeitungsverleger William Randolph Hearst zahle ihm 2000 Dollar monatlich für die Arbeit, die er im Interesse des neuen Kreuzerprogramms und zur Aufklärung der öffentlichen Meinung gegen den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Internationalen Gerichtshof leistete. Shearer fügte hinzu, Hearst habe ihm noch kurz vor dem Beginn der Enquete des Bundes senats seinen Dank ausgesprochen. Weiter wurde Shearer nach dem britischen Geheimdokument gefragt, das er angeblich im vorigen Jahre vorgezeigt habe. Shearer antwortete: Hier ist es. Es ist unterzeichnet von Sir William Weismann, der, wie jedermann weiß, der Leiter der britischen Spionage und des britischen Geheimdienstes in Amerika war und der jetzt bei der Ruhr-Loch-Gesellschaft angestellt ist. Ich erhielt das Dokument von einem Richter Summers; es wurde von der Marinebehörde fotografiert. Ich zeigte es auch dem Senator Reed; das, was Reed damit gemacht hat, weiß ich nicht. Als Senator Allen erklärte, die Echtheit des Dokuments sei angezweifelt worden, erwiderte Shearer: Schön, rufen Sie Weismann. Nach Shearers Vernehmung vertagte sich der Untersuchungsausschuß auf unbestimmte Zeit.

Nach einem weiteren Bericht erklärte Shearer weiter, daß er auf ausdrücklichen Wunsch von Hearst mit zahlreichen amerikanischen patriotischen Vereinigungen in Verbindung getreten sei. Er habe für sie Flugblätter verfaßt und sie zu Massenpetitionen an den Kongreß anlässlich der Kreuzerfrage veranlaßt. Inzwischen sei seine Verbindung zu Hearst gelöst worden. Ueberhaupt werde er jetzt, und zwar seit der Untersuchung des Senats, von allen früheren Arbeitgebern wie die Pest gemieden.

Die Einbrecher sind unschuldig!

Am Dienstag, der sechste Verhandlungstag in dem Einbrecherprozess, kam zunächst der Fall Hanf, Leipzig, Wilhelmstraße. Hier wurde genau wie bei einigen anderen Einbrüchen von den Eltern bereits schon einige Tage vorher telefonisch angerufen, ohne daß sich jemand meldete. Einmal hat auch ein Mann mit jüdischem Typus an der Wohnungstür geklingelt und als die Inhaberin öffnete, ihr etwas angeboten. Die Zeugin glaubt in diesem Hausierer Ehrlich zu erkennen. Am Tage des Einbruchs kam Frau Hanf von einem Ausgang zurück. Sie fand ihre Wohnung für geöffnet vor, alle Behälter erbrochen und die fünf Zimmer in der größten Unordnung. 700 Mark Bargeld und verschiedene Schmuckstücke fielen den Dieben in die Hände. Der „Wachhund“ der Familie Hanf lag hinter dem Ofen in seinem Korbe und konnte sich nicht rühren, weil die Einbrecher ihn mit Pralinen vollgefüllt hatten. Bewohner des Hauses haben gesehen, wie einige Männer die Treppe herab gingen, mit Koffer und Taschen beladen. Bei diesem Einbruch wurde auch eine Aktentasche gestohlen, die später, als Ehrlich in Leipzig verhaftet wurde, in einer Hausflur der Waisenbörse Straße gefunden wurde. Ehrlich bestreitet, daß er diese Tasche im Besitz gehabt hat. Zur Zeit seiner Verhaftung will Ehrlich erst einige Stunden in Leipzig gewesen sein, um sich die Frühjahrsmesse anzusehen. Auf der Wohnungssuche sei er in das Leipziger „Judenviertel“ geraten. Nun habe er einmal ausstreiten wollen und sei in das Haus Humboldtstraße 11 gegangen. Wie er die Treppe wieder herunterkam, sei er von einem Herrn unschuldigerweise in den Verdacht gebracht worden, ein Einbrecher zu sein. Der als Zeuge vernommene Kaufmann Kanner schildert die Verhaftung Ehrlichs wesentlich anders. Bei diesem wurde bereits schon zweimal eingedrohen. Als er an diesem Tage noch Hause kam, begegnete er im Hausflur einem eleganten Herrn, der sofort das Haus verließ. Dies sei ihm schon verdächtig vorgekommen. Als er die Treppe hinaufkam, sah er einen zweiten Mann, den er zur Rede stellte. Dies sei Ehrlich gewesen, der sich an ihm vorbeidrückt und die Flucht ergreift. Der Zeuge nahm sofort die Verfolgung auf und es gelang auch einem Polizeibeamten, Ehrlich zu verhaften. Der Zeuge Kanner hat dann feststellen müssen, daß an seiner Wohnungstür sämtliche vier Sicherheits-schlösser bereits geöffnet waren.

In Magdeburg, Scharnhorststraße 1, hatte Ehrlich die Haustür aufgeschlossen, als eine Frau hinautram und dem Ehrlich die Tür vor der Nase zuschloß. Ehrlich war nun gefangen wie eine Maus in der Falle. Die Frau versuchte Hilfe herbeizuholen und da ihr dies nicht gelang, mußte sie den Einbrecher wieder laufen lassen, der sofort verschwand. Die Zeugin gab auch noch an, daß sie glaube, daß der Mann, den sie eingeschlossen hatte, Ehrlich sei und daß außerdem noch zwei andere elegante Herren dabei gewesen sein müßten. Ehrlich bestreitet alles und behauptet, Magdeburg gar nicht zu kennen, da er noch nie dort gewesen sei.

Auch von dem nächsten Einbruch in Magdeburg, am 4. März 1928, will Ehrlich nichts wissen, obwohl man bei seiner Verhaftung eine Uhrkette gefunden hat, die der Bestohlene als sein Eigentum wiedererkennt. Bei einem Pianisten Hawerkamp in Düsseldorf wurde am 25. März 1928 eingebrochen. Hier erbeuteten die Diebe aber nur eine Kinderparablenlampe mit etwa 20 Mark barem Gelde und einige silberne Köffel. Hier wurden Fingerabdrücke des Angeklagten Kohn festgestellt. Kohn bestreitet, an diesem Einbruch beteiligt zu sein. Damals habe er an einer Augenkrankheit drei Wochen im Bett gelegen und habe sich gar nicht in Deutschland aufgehalten. Düsseldorf kenne Kohn gar nicht. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, wie denn dann seine Fingerabdrücke nach Düsseldorf gelangen, antwortet Kohn: „Ich bin sprachlos, daß meine Fingerabdrücke dort gefunden worden sind. Ich kann es mir nicht anders denken, als daß sie entweder verwechselt, oder von meinem Feinden dorthin gebracht wurden.“

Die Verhandlung wird am Donnerstag fortgesetzt, da am Mittwoch Mitglieder des Gerichts nach Berlin fahren, um dort an Ort und Stelle Zeugen zu vernehmen.

Jugendarbeit der Gewerkschaften

Die Gewerkschaften haben nicht nur die Aufgabe, für eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sorgen. Ueber dieses ursprüngliche Arbeitsgebiet hinaus sind die heutigen Aufgabengebiete der Gewerkschaften gewachsen. Ein Gebiet, das von den Gewerkschaften in den letzten Jahren in besonderer Weise gepflegt und gefördert worden ist, ist die Jugendarbeit. Es handelt sich für die Gewerkschaften nicht nur darum, die wirtschaft-



lichen Interessen der Lehrlinge und Jugendlichen zu vertreten, sondern darüber hinaus auch, um die berufliche Fort- und Ausbildung der Jugendlichen besorgt zu sein. Es hat sich aus der gewerkschaftlichen Praxis ergeben, daß der gut ausgebildete Facharbeiter, der seinen Beruf beherrscht, auch zugleich ein tüchtiger Gewerkschafter ist, der aufrecht nicht nur seine, sondern auch die wirtschaftlichen Interessen seiner Kollegen mit Erfolg vertreten kann. Neben allen anderen Gesichtspunkten von

allgemeiner Bedeutung haben also die Gewerkschaften aus diesem Grunde ein besonderes Interesse daran, auch ihrerseits die berufliche Ausbildung des Nachwuchses zu fördern.

Aus Anlaß des 16. Verbandstages des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, der vom 22. bis 28. September im Bremen im Volkshaus tagte, fand eine

Ausstellung der Reichsjugendabteilung des Holzarbeiter-Verbandes

statt, die mit einer Sonderausstellung der Verlagsanstalt und der Druckerei verbunden war. Diese Ausstellung gab interessante Einblicke in die Tätigkeit eines Verbandes, in dem die handwerklichen Berufe noch sehr stark vertreten sind. Im Rahmen der Jugendarbeit des Holzarbeiter-Verbandes finden die sogenannten Berufskreise eine besondere Berücksichtigung. Man sah in der Ausstellung Arbeiten aus diesen Kreisen, die davon zeugen, daß mit großem Ernst in den einzelnen Jugendabteilungen gearbeitet wird. Aus der Fülle des Materials seien die interessantesten Entwürfe (eingelebte Arbeiten), die Arbeiten aus den Postern, Zeichen- und Treppenaufbauten hervorgehoben. In einer besonderen Abteilung war das Lehrmaterial für die Kurse und Fachvorträge zusammengestellt. Daneben gaben interessante Bilder aus dem Leben der Jugendgruppen davon Kunde, daß alle Gebiete der Jugendarbeit gepflegt und gefördert werden. Die Figuren auf dem beigegebenen Schaubild zeigen das Wachstum der jugendlichen Mitgliedschaft innerhalb des Verbandes.

Die Verlagsanstalt des Verbandes zeigte in einer umfangreichen Darstellung die bedeutende Arbeit, die der Verlag durch die Herausgabe von geeigneter Fachliteratur geleistet hat. Diese Arbeit wurde dadurch erleichtert, daß der Verband über eine eigene Druckerei verfügt, die ebenfalls durch eine kleine Schautypographisch vorbildlicher Arbeiten vertreten war.

Diese Ausstellung, die von der bremischen Arbeiterschaft sehr gut besucht wurde, sollte auch an anderen Orten wiederholt werden, damit die große Öffentlichkeit einen Einblick auch in dieses Arbeitsgebiet der Gewerkschaften erhält.

Sum Zimmererstreik auf der Baustelle des neuen Hochhauses

Ein „Erfolg“ der kommunistischen Gewerkschaftsstrategie

Aus Zimmererstreikern wird uns geschrieben:

Wie in anderen Gewerkschaften, so haben die Kommunisten auch im Zimmererstreik während des ganzen Sommers ihre Parolen an den Mann zu bringen versucht. Sie verfolgten damit den Zweck, die Gewerkschaftsmitglieder in Gegensatz zu den Verbandsleitungen zu bringen. Irrendenweise erfolgte haben die Kommunisten bei ihrer Fortschrittsarbeit aber zuzugewandt nicht gehabt. Höchstens sind ihnen hier und da einige Unentschiedene ins Garn gegangen. Zu diesen Irregeleiteten zählen auch die Zimmerer, die auf der Baustelle des neuen Hochhauses tätig sind.

Der Unternehmer Delschlagel weigerte sich dort kürzlich, den auf der Baustelle arbeitenden 27 Zimmerleuten die im Tarif vorgesehene zehnprozentige Höhengulage zu zahlen. Der Zimmererverband brachte diese Angelegenheit vor die tarifliche Schlichtungsstelle, jedoch kam in erster Instanz keine Einigung zustande. Das Tarifamt, das jetzt durch einen Unparteiischen zu entscheiden hätte, sollte nach drei bis vier Tagen erneut zusammentreten. Statt nun den Anweisungen der Organisation zu folgen und einige Tage eine abwartende Haltung einzunehmen, schrieb der Kommunist Bergmann nach Streik. Er hielt die Situation für günstig, um seine Parteiparolen durchzuführen. Die Belegschaft ließ sich leider auch durch die Sirenenorgane Bergmanns hetzen und trat in den Streik. Nicht zuletzt wurden sie hierzu auch durch Drohungen der Kommunisten gezwungen. Nachdem der Streik vier Tage dauerte, fällt Arbeitsgerichtsdirektor Auerwald, der Unparteiische im Tarifamt, einen Spruch, der zugunsten der Zimmerer ausfällt. Der Unternehmer muß also die Höhengulage bezahlen. Das Fazit des Streiks ist nun, daß nicht nur die Zimmerer eine Einbuße von fünf Tagen Lohn haben, vielmehr weigerte sich der Unternehmer, auch 15 von den 27 Personen wieder einzustellen. Unterstützung bekommen diese Zimmerer nicht, da sie von der Organisation, d. h. durch den kommunistischen Vorsitzenden Strobel, gewarnt worden sind, in den Ausstand zu treten. Interessant war die letzte Versammlung vor Abschluß des Streiks. Bergmann erklärte hier selbstverständlich wieder, daß solange gestreikt werden müsse, bis der Unternehmer sich bereit erkläre, die Streiktage zu bezahlen und bis alle Mann wieder eingestellt würden. Er mußte sich aber von seinem Parteigenossen, dem Vorsitzenden Strobel, sagen lassen, daß die Organisation nicht jede blinde Aktion unterstützen könne. Die Streikenden seien von ihm gewarnt worden, und wenn die Organisation nicht noch größeren Schaden erleiden sollte, dann müßten sie unter den von dem Unternehmer gestellten Bedingungen die Arbeit wieder aufnehmen. Wie hätten wohl die Kommunisten gelobt, wenn das ein sogenannter „Reformist“ gesagt hätte. Bergmann erklärte in der Versammlung Strobel gegenüber: „Jawohl, du hast uns offiziell gewarnt, aber was du uns jetzt gesagt hast, das verweigert du jetzt. Wir werden uns noch woanders sprechen.“

Was die Kommunisten an anderer Stelle unter sich auszusprechen haben, geht uns hier nichts an. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, in Zukunft darauf zu achten, daß derartige leichtsinnige Ar-

beitskämpfe wie der Hochhausstreik, nicht wieder inszeniert werden können. Eingekleidete Mitglieder der kommunistischen Partei sagten nach dem Streik, daß sie sich an solchen unsinnigen Aktionen nie wieder beteiligen würden.

Bei dieser Gelegenheit mag noch mitgeteilt werden, daß der Vorsitzende des Zimmererverbandes, Kamerad Wolgast-Hamburg, am 8. Oktober in einer Mitgliederversammlung im Volkshaus über die Arbeitslosenversicherung sprach und das Erscheinen aller Verbandskollegen in dieser Versammlung ist Pflicht.

Kommunisten spalten den Tabakarbeiterverband

SWD Die Kommunisten wollen ihre Absicht, die Gewerkschaften unter allen Umständen zu spalten, jetzt bei den Berliner Tabakarbeitern verwirklichen.

In der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes mußte im Frühjahr die kommunistische Ortsverwaltung wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern abgesetzt werden. Nachdem die Ortsverwaltung mehrere Monate kommunistisch verwaltet worden ist, wurde am 24. September von der Erweiterten Ortsverwaltung und am 27. September von der Funktionärskonferenz der Sozialdemokraten Redes vom Beschlüßigten der Berliner Ortsverwaltung gewählt. Redes war 27 Jahre lang Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes, ist seit 1915 in der Zigarettenindustrie als Maschinenführer tätig, war einige Jahre Betriebsratsvorsitzender der Manoli, hat als Mitglied der Branchenkommission der Maschinenführer an sämtlichen Tarifverhandlungen für die Zigarettenindustrie teilgenommen und eine Reihe anderer wichtiger Posten bekleidet. Das hinderte die SWD nicht, ihn als „Sozialfaschisten“ zu beschimpfen, obwohl sie ihn gar nicht kennt.

Die ganze Hehe ist nur der Vorwand für die angekündigte Spaltung. Die abgesetzte Ortsverwaltung beruft zum 4. Oktober eine Mitgliederversammlung ein. Es ist ganz überflüssig, die Schwindereien zu widerlegen, die als Vorwand für die Spaltung in die Welt gesetzt werden. Die RPD hat den Befehl von Moskau erhalten, die Spaltung der deutschen Gewerkschaften durchzuführen. Diesen Befehl führt sie aus. Es bleibt abzuwarten, ob auch die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes diesem Befehl nachkommen und durch die Spaltung ihrer Organisation sich den Unternehmern ausliefern werden.

Arbeitskämpfe in Schweden

60 000 Arbeitern gekündigt

Am Montag wurden die Tarifverträge von den etwa 60 000 Arbeitnehmern der schwedischen Hüttenwerke, der Holz- und Schuhindustrie gekündigt. Die Arbeitnehmer fordern eine Lohn-erhöhung von durchschnittlich 18 Prozent und Ansetzung eines vollen Lohnjahres bereits für 19jährige (bisher 20jährige) Arbeiter. Durch die Kündigung treten die Tarife am 1. Januar außer Kraft.

Steuerkalender für Oktober 1929

5. Steuerzahlung vom Arbeitlohn (Einkommen) für September 1929; zugleich Einzahlung der Einkommensteuer über die Steuerzahlung im September 1929.
5. Aufwandssteuer (Wahlkostensteuer) (Höchst. Steuerhöchst.) für Oktober 1929; von den Einkommen befreit; Grundsteuer; wenn keine Befreiung bewilligt worden ist, sind 21 v. H. der Aufwandssteuer für einen Monat zu entrichten.
6. Vermögenssteuer für Hund, Beschlagnahme (Steuerbefreiung 4. November, gesetzl. 10. Januar 24) für die zweite Septemberhälfte, wenn nichts anderes vereinbart.
10. Einkommensteuer (Einkommen) für Oktober bis Dezember 1929; ¼ der zuletzt festgestellten Jahressteuer, sofern nicht ein anderer Betrag festgelegt ist. Der Termin gilt nicht für Steuerpflichtige, die hauptsächlich Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft beziehen.
10. Körperschaftsteuer (Einkommen 2. Mittl.) wie vorstehend.
10. Umsatzsteuer (Einkommen). Beschlagnahme und Vorauszahlung für Juli bis September 1929, 5 Tage Schonfrist.
10. Borkenjahresteuer (Einkommen 2. Mittl., 31. Nr. 34). Einreichung der Anmeldung von Steuerzahlern, die zum Abschluß der Jahre zugewandert sind, und zwar von Monatsabrechnern für September 1929, von Vierteljahresabrechnern für Juli bis September 1929.
10. Beschlagnahme- und Betriebsaufnahme. Hausstätten, Fasshaltungsstellen und Betriebsstätten auszulassen.
15. Nachzahlungen über die ausstehenden Arbeitnehmer, sog. Punkt 6 der vorstehend erwähnten Betriebsblätter.
15. Grundsteuer (Höchst. Steuerhöchst.) für Oktober bis Dezember 1929; ¼ des Jahresbetrags für 1927; Abschnitt C des Grundsteuerbetrags für 1927.
15. Kirchensteuer, luth. und kath. (Höchst. Steuerhöchst.) für Oktober bis Dezember 1929; ¼ des Jahresbetrags.
15. Wörthsteuer (Einkommen, Befreiung 1) für gewerkschaftlichen Verkauf im September 1929; Personenzinsen haben unverschleiert bezogenen Wert innerhalb drei Tagen nach Empfang zu verkauften.
20. Vermögenssteuer für Hund, Beschlagnahme (Steuerbefreiung 4. November, gesetzl. 10. Januar 24) für die erste Oktoberhälfte, wenn nichts anderes vereinbart.
20. Steuerzahlung vom Arbeitlohn (Einkommen) für Lohnzahlungen in der Zeit vom 1. bis 15. Oktober 1929. Beträge unter 200 M. brauchen erst am 6. November 1929 mit abgeführt zu werden.
20. Beschlagnahme- und Betriebsaufnahme. Ablauf der Frist zur Abgabe der Stellen- und Betriebsblätter durch die Grundstücksbesitzer an die Händl. Steuerhöchst. Bei nicht rechtzeitiger Zahlung sind von der Fälligkeit an Verzugszinsen von 10 Prozent jährlich zu zahlen.
20. Sämtliche Finanzämter haben außerdem Sitzungen bei der Reichsbank, der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt und der Sächsischen Staatsbank.

Beleuchte besser!

Licht im Haushalt ist die beste Arbeitshilfe.

Osram-Nählicht-Lampen

sind in allen Fachgeschäften erhältlich.



OSRAM



Schwer erziehbare Kinder

Es kommt vor, daß Kinder, die sich bisher tadellos führten, plötzlich sich völlig verändern...

Ein Siebenjähriger, der weber zu Hause noch in der Schule zu klagen Anlaß gegeben hatte, hörte plötzlich auf zu lernen...

Hier war also der Grund plötzlicher Schwererziehbarkeit hervorgerufen durch unruhige, die kindliche Nervenkraft überspannende und erschöpfende Lebensweise...

ausgesetzt wird. Furcht vor den Forderungen der Schule, denen nachzukommen schwer fällt...

Es gibt Schwankungen im Verhalten der Kinder, die zurückgeführt werden müssen zum Teil auf klimatische, zum Teil auf Entwicklungsurfachen...

Außer all diesem gibt es im Leben der Kinder Tropperioden. Sie treten von Zeit zu Zeit auf, können Monate andauern...

Schwererziehbarkeit wird auch bedingt von Hirnmängeln und Gehirnerkrankungen, die nur der Arzt zu erkennen vermag...

Man kann häufig die Erfahrung machen, daß entfernteren Familienmitgliedern oder Fremden das Vertrauen geschenkt wird...

Im Hof, bei Franke Lausjunge gesucht

Daß das Gros aller Angestellten sich rekrutiert aus den besonders leicht ausbeutbaren jüngeren Menschen um die Zwanzig herum, ist bekannt...

1. Schulsjunge, w. auch Stenogr. u. Schreibmaschin. bes. f. Wegegeh. gel. Johannesplatz 3, Hof, b. Franke.

Bei Frankes scheinen wirklich intelligente Leute zu sein. Einen Schulsjungen für fünfzig Pfennig pro Tag zum Lausburschen zu bekommen...

Wie wäre es übrigens mit folgender Anzeige, die ich verjuchsweweise Frankes und Konsorten empfehlen möchte:

Säugling, der perfekt französisch, englisch und spanisch spricht und schreibt, als Chef der Korrespondenzabteilung großindustriellen Unternehmens per sofort gesucht...

Diese Anzeige wäre zweckentsprechend in der größten deutschen Tageszeitung außerhalb Berlins aufzugeben...

Mütter- und Säuglingsheim Kleinmündsdorf

Anfang August 1928 wurde das Mütter- und Säuglingsheim nach Kleinmündsdorf verlegt, um es dort zunächst mit dem alten Bestande von 36 Betten für Mütter und 80 für Kinder weiterzuführen...

Um den Betrieb des Heimes zu erleichtern, soll die bereits vorhandene und eingerichtete Entbindungskation eröffnet werden...

In räumlicher Verbindung mit der Entbindungskation soll eine Station für 20 Schwangere eingerichtet werden...

Weiter soll eine Station für 25 Kleinkinder eingerichtet und die Station für größere Kinder (bis zu 2 Jahren) voll belegt werden...

Freie Fahrt zur Schulzahnklinik

Der Rat ist dem Beschlusse der Stadtverordneten beigetreten, den Kindern von Arbeitslosen, Fürsorgeempfängern und bedürftigen Kriegsbeschädigten...

WZ. Sonderveranstaltung im Schauspielhaus: Die andere Seite von Sheriff. Mittwoch, 9. Oktober, 20 Uhr...

Ein Fest der Reden

Am 1. Oktober 1929 war beim Reichsgericht kein Gerichtstag, kein Senat sah beisammen und präste Urteile der Vorinstanzen auf ihre Richtigkeit nach...

Wie immer bei solchen Anlässen wurde geredet, d. h. vom Manuskript abgelesen. Solchen Glückwunschsreden und Gratulationen fehlt oft der tiefere Inhalt...

General-Versammlung der SPD. Groß-Leipzig

Sonntag, den 6. Oktober 1929, vormittags 9 Uhr im großen Saale des Volkshauses zu Leipzig

- 1. Berichte
2. Referat des Bürgermeisters Gen. Schulze: Die bevorstehenden Gemeindevahlen
3. Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordneten- und Stadtratswahl

Zutritt nur gegen Mandatsausweis und Mitgliedsbuch. SPD. Groß-Leipzig

Ausführungen des Reichsjustizministers antwortete und dann auf die Bedeutung des Tages näher einging...

Das Rechtsbewußtsein ist gelockert, die überkommene Rechtsanschauung erschüttert, neues Rechtsverlangen erweckt...

Mit einem Zusammenwirken der staatlichen Organe und der Rechtswissenschaft allein ist es indessen nicht getan...

recht werden, wenn wir uns verhehlen wollten, daß unsere Zeit von dem Ideal, das hier aufgestellt wird, weit entfernt ist...

Für die sächsische Landesjustizverwaltung- und die sächsische Staatsregierung sprach Ministerpräsident Dr. Büniger...

Präsident Dr. Dingeldey sprach von der Bedeutung der sächsischen Staatsregierung und der sächsischen Justizverwaltung...

Wollte man all das, was über Recht, Rechtspflege und Rechtsempfinden in der Halle des Reichsgerichts am 1. Oktober gesagt wurde, wiedergeben, so ließen sich fast die Spalten einer Zeitung füllen...

Wohlfahrtspflegestelle Connewitz

Das Nachschienamt des Rates teilt mit:

Am 1. Oktober d. J. wird die für die Stadtteile Connewitz mit Marienbrunn, Löhnitz, Döllitz und Döfen in ehemaligen Klostergut Connewitz, Prinz-Eugen-Strasse 34, eingerichtete Wohlfahrtspflegestelle ihre Tätigkeit aufnehmen...

Unterstützungsgelände von Hilfsbedürftigen, die in den Stadtteilen Connewitz mit Marienbrunn, Löhnitz, Döllitz und Döfen wohnen...

Die Rasse der Wohlfahrtspflegestelle nimmt auch Erstattungen (z. B. Elternbeiträge zur Erhaltungsfürsorge), Unterhaltsgelder für uneheliche Kinder und Minderjährigenausweise an...

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Cottbus. Beisitzer: Morgen Donnerstag und Freitag von 17 bis 19 Uhr beim Genossen Wagner Programm- und Matenausgabe.

Frauen.

Pannsdorf. Mittwoch, 3. Oktober, 20 Uhr, im Gutspark Vortrag des Genossen Reihl, Lehmann: Unsere Krankenhäuser, wie sie sind und wie sie sein sollen.

Möden. Donnerstag, 3. Oktober, 20 Uhr, im Heim Vortrag der Genossin Hammer: Der Haushaltsplan der Stadt Leipzig, Leipzig.

Vindthal. Donnerstag, 3. Oktober, 20 Uhr, im Katschler Vortrag der Genossin Kühn über Wohnungswesen.

Markranstädt. Donnerstag, 3. Oktober, 20 Uhr, im Volkshaus Vortrag der Genossin Schult: Wie kommen Arbeiterkinder in einen sozialen Beruf?

Schönefeld. Mittwoch, den 2. Oktober, 20 Uhr, in der Wilhelmshöhe Vortrag des Genossen Lehrer Weise über: Sexuelle Erziehung unserer Kinder.

Witzsch. Freitag, 4. Oktober, 20 Uhr, Volkshaus, Zimmer siehe Tafel, Funktionärinnenzusammenkunft. Besprechung wegen unserer Werberaufstellung am 18. Oktober. Alle arbeitsfreudigen Genossinnen sind eingeladen.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Osten II. Gruppe Piepmatz trifft sich Donnerstag 17 Uhr an der 18. Volkshaus.

Witglieder-Veranstaltungen

Rötha. Monatsversammlung des Ortsvereins der SPD am Donnerstag, dem 3. Oktober, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller ist Pflicht.

Markleeberg. Freitag, den 4. Oktober, treffen sich die Genossen von Markleeberg 18.45 Uhr am Turnerheim. Von da aus besuchen wir den Ortsverein Döblich-Gaußlich zu seinem Fadelzug, Komarsch mit Musik.

Witzsch, Nord. Donnerstag, 3. Oktober, 20 Uhr, in der Witzschstraße, 14. Mitgliederversammlung. Referent: Stadtdirektor Genosse Franz Korus. Thema: Die Leipziger Städtischen Betriebe. Keiner darf fehlen.

Döblich-Döhlen. Heute, 20 Uhr, erwarten wir in der Friedenshalle alle unsere Genossinnen und Genossen zur Gründungsfeier der S. V.

Heimräume für Jugendgruppen

Ende Oktober werden im Grundstück Leipzig-Gohlis, Hallische Straße 125, sowie im Grundstück Leipzig-Wahren, Fuchs-Nordhoff-Straße 87, je ein neues Jugendheim eröffnet. Das Jugendheim in der Hallischen Straße wird die Bezeichnung: Jugendheim Leipzig-Nord 1, das Jugendheim in der Fuchs-Nordhoff-Straße: Jugendheim Leipzig-Wahren führen. Jugendgruppen, welche in einem der Heime eine Heimstätte finden möchten, wollen einen kurzen Antrag an das Jugendamt, Kanglei für Jugendpflege, Töpferstraße 2, einreichen. Aus dem Antrag soll ersichtlich sein, wieviel Jugendliche die betreffende Gruppe zählt, in welchem Heim, an welchem Tag und zu welcher Zeit ein Zimmer gewünscht wird.

Pflegekinder

Es wird erneut darauf hingewiesen, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen niemand ein Pflegekind annehmen darf, der nicht vorher hierzu die Erlaubnis des städtischen Jugendamtes erhalten hat. „Pflegekinder“ sind eheliche und uneheliche Kinder unter 14 Jahren, die sich dauernd oder nur für einen Teil des Tages, jedoch regelmäßig, in fremder Pflege (Familien- oder Anstalts-pflege) befinden, es sei denn, daß von vornherein feststeht, daß sie unentgeltlich in vorübergehender Bewahrung genommen werden. Die Nichtbeachtung der Bestimmungen führt unter hoher Strafe.

Die Pflegekindervermittlungstelle im Jugendamt, Stadthaus, Dachgeschoss, Zimmer 894, nimmt jederzeit Angebote von Pflegestellen entgegen und vermittelt kostenlos Pflegestellen für Kinder. Pflegestellen für Säuglinge werden besonders gesucht.

Einbrüche

In der Nacht zum 21. September wurde vermutlich mit einem Stenomeisen aus der Schaufenstertheibe eines Geschäftes im Grundstück Kaiserstraße 21 ein Stück Glas herausgehoben. Durch die entstandene Öffnung wurden aus der Auslage 7 Photoapparate gestohlen. Es handelt sich um eine Patentkamera 8x12, Kompurverschluß, Teilar 4,5, Nr. 885 227; eine Patentkamera, 6 1/2 x 9, Kompurverschluß, Teilar 4,5, Nr. 822 068; eine Voigtländer Kollifilm-Kamera, 8x9, mit Starap 4,5, Nr. 330 100; ein Vaguer-Photoknips, 4 1/2 x 6, Objektiv, Nr. 218 736; eine Bertar-Kamera, 8x9, Objektiv, Nr. 41 480. Von den weiteren mitgestohlenen Apparaten können Marken und Nummern nicht angegeben werden.

In der Nacht zum 28. September wurden mittels Einbruchs aus 3 verschiedenen Vühnerkästen in den Gärten hinter den Grundstücken Stahmerstraße 86 und 88 in Wahren folgende Vühner gestohlen: 4 schwarze Minorka, 2 graubraune Italiener, eine braune Henne und 2 alte gewöhnliche Hennen.

Die Yachtbootabteilung des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, die gegenwärtig 170 Boote zählt, veranstaltet Sonnabend und Sonntag, den 5. und 6. Oktober, ihr Abpaddeln. Am Sonnabend um 20 Uhr auf dem Hochflutbecken Lampionaufsahrt in familiärer Boote. Am Sonntag beginnt die Ausfahrt um 14 Uhr mit anschließenden Rettungsvorführungen an der Zeppelindrücke. Die Naturfreunde bitten die Arbeiterschaft um rege Unterstützung durch einen Besuch dieser Veranstaltung.

Teuerungszuschlag für Leipzig. Die auf der neuen Grundlage berechnete Teuerungszuschlag für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und sonstigen Bedarf) beträgt nach den Feststellungen des Statistischen Amtes für den Monat September: 206,88 Mark (August 207,48 Mark).

Das Oktoberheft der Monatschrift „Leipzig“, herausgegeben unter Förderung des Rates der Stadt Leipzig ist anlässlich der Einweihung des Grassimuseums am 30. September 1929 als Festnummer erschienen. Das mit Bildern reich ausgestattete Heft wird eingeleitet durch einen Aufsatz von Stadtbaurat Ritter: „Die städtebaulichen Aufgaben beim Neubau des Grassimuseums“. Die Erbauer des Museums, die Architekten Zwed und Bolig haben einen Aufsatz: „Der Neubau des Grassimuseums“ beigeleitet. Auch der Delegiert des städtischen Museumswesens, Stadtrat Dr. Borthol, und die Direktoren der städtischen Museen, Prof. Dr. Graul (Kunstmuseum), Prof. Dr. Kauso (Museum für Völkerverbunde), Prof. Dr. Reinhardt (Museum für Länderkunde), haben Beiträge geliefert. Zum 50-jährigen Reichsgerichtsjubiläum bringt das Heft einen Aufsatz von Bibliotheksdirektor Dr. Schulz: „Das Reichsgericht in Leipzig“. Darüber hinaus enthält das Oktoberheft zahlreiche interessante Aufsätze, die zu anderen wichtigen Tagesfragen Leipzigs Stellung nehmen.

Am der Handels-Hochschule Leipzig beginnt am Freitag, dem 8. November 1929, 20 Uhr, ein neuer Kursus über die Werbung im Versicherungsbetriebe. Die Werbung findet im Rahmen des Seminars zur Versicherungsbetrieb in Form einer Arbeitsgemeinschaft unter besonderer Berücksichtigung der Praxis statt und steht unter der Leitung von Privatdozent Dr. Hoffmeyer. Anmeldungen und Anfragen sind möglichst umgehend zu richten an das Seminar für Versicherungsbetrieb an der Handels-Hochschule Leipzig, Ritterstraße 6/10, Erdgeschoss rechts (geöffnet von 7 bis 15 1/2 Uhr).

Nationalsozialistische Kommunalpolitik

Von Stadtv. Eugen Fritsch, Wahren.

Wie die Nationalsozialisten in Wahren wirtschafteten

II.

Ein besonderes

Bewoosfühdchen privater Gescheftspolitik

leisteten sich die Nationalsozialisten dadurch, daß sie in Gemeinschaft mit der Wirtschaftlichen Vereinigung und den Aufwertern für den Willebau eines reichen Fabrikanten, der 150 000 Mark kostete, einen Mietzinszuschuß aus Mitteln der Allgemeinheit in Höhe von 7000 Mark gewährten. Dabei war der betreffende Fabrikant nicht etwa vorher wohnungslos, sondern er besaß in schöner Lage eine Achtzimmerwohnung. Darüber hinaus traten die Nationalsozialisten natürlich in treuer Gemeinschaft mit den übrigen bürgerlichen Rechtsparteien für die weitestgehende Bewoosfühdung der privaten Wohnbauwirtschaft ein, obwohl gerade in Wahren von amittler Stelle einwandfrei nachgewiesen wurde, daß die Privaten wesentlich teurer bauen als die Stadt und die gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen.

Welches soziale Verständnis die Nationalsozialisten im allgemeinen aufbringen, bewiesen sie bei den Anträgen, die in den letzten Jahren mehrfach von den Sozialdemokraten und Kommunisten auf Einführung der kommunalen kostenlosen Totenbestattung eingebracht worden sind. Sie lehnten alle dahingehenden Anträge ab mit der Begründung, daß bei Mittellosen höchst das Wohlfahrtsamt für die Bestattungskosten aufkommen müsse. Ebenso lehnten die Nationalsozialisten in trauer Gemeinschaft mit den Rechtsparteien die Gewährung unentgeltlicher Vermittel an die Volksschüler ab, obwohl die deutsche Reichsverfassung die Unentgeltlichkeit der Vermittel fordert. Aber für die Reichsverfassung haben ja die Herren Nationalsozialisten nichts übrig.

Bei der Festlegung der gemeindlichen Grund- und Gewerbesteuerzuschläge betätigten sich die Nationalsozialisten erfolgreich neben den Kommunisten als

Steuerhüter für das Großkapital.

Obwohl drei Viertel der gesamten Gewerbesteuer in Wahren von den Gewerbetrieben aufgebracht werden, die über 10 000 M. jährliches gewerbliches Einkommen haben, nämlich 440 000 Mark von 860 000 Mark Gesamtertrag, waren die Nationalsozialisten nur bereit, 100 Prozent Gewerbe- und Grundsteuerzuschlag zu bewilligen. Dabei weist der Haushaltsplan der Stadt Wahren im laufenden Jahre ein Defizit von 1 1/2 Millionen Mark auf. Aber die Nationalsozialisten wissen eben, was sie ihren Geldgebern schuldig sind, denn der Fabrikant Mulschmann gehört natürlich auch zu denen, die über 10 000 Mark jährlich gewerbliches Einkommen haben.

Auch bei der Beratung eines Ortsgesetzes über die Besteuerung der teuren Hand stellen sich die Nationalsozialisten schäbend vor die Kassenkranke der Volksgesellschaft. Handwerksvereine, Kirchen usw., indem sie das betreffende Ortsgesetz ablehnten. Wirklich ein schlagender Beweis, wie die Nationalsozialisten den Kapitalismus bekämpfen.

Gegenüber diesem weitgehenden Verständnis für die Steuerhüterbedürfnisse der bestehenden Kreise mangelte es bei den Nationalsozialisten an Verständnis dafür, den auswärtig wohnenden, aber in der Wahrenen Industrie oder in dem Wahrenen Handwerk in der Ausbildung begriffenen jungen Arbeiter einen verbilligten Besuch der Gewerkschule zu ermöglichen. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, für diese Schüler das gleiche Schulgeld zu erheben wie bei den einheimischen Schülern, wurde von den Nationalsozialisten wiederum gemeinschaftlich mit den Rechtsparteien abgelehnt.

Auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens betätigten sich die Nationalsozialisten als die

überreichtesten Sparasseln.

wobei sie immer darauf beriefen, der sozialdemokratische Dezerent, Stadtrat Genosse Dies, werde schon selbst die notwendigen Mittel anfordern. Mit der ähnlichen Begründung lehnten sie in diesem Winter einen von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Antrag mit folgendem Wortlaut ab: „Allen Unterhaltungsempfängern, soweit sie besonders bedürftig sind, ist aus Anlaß der Mehraufwendungen infolge der Kälteperiode eine Sonderunter-

stützung zu gewähren, und zwar für Verheiratete bis zu 20 Mark und für Ledige bis zu 15 Mark.“

Das ist nationalsozialistische Wohlfahrtspolitik!

Wie die Nationalsozialisten die Interessen der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen wahrnehmen, zeigte sich bei der Wahl der Vertreter in den Wohlfahrtsausschuß. Obwohl die Vertreterin der Kriegsbeschädigtenorganisation 1200 Mitglieder vertrat, stimmten die Nationalsozialisten für die Vertreterin des Militärvereinsbundes, die nur von 60 Hinterbliebenen legitimiert war.

Mit einer geradezu läppischen Begründung lehnten die Nationalsozialisten bei der diesjährigen Haushaltsplanberatung einen sozialdemokratischen Antrag auf Anstellung eines Baukontrollieurs aus Arbeiterkreisen ab, indem sie behaupteten, es solle damit nur ein gut bezahlter Posten für einen Gewerkschaftsbeamten geschaffen werden. Mit bezorrigen vollständig unzutreffenden persönlichen Motiven lehnten die Nationalsozialisten eine so wichtige Arbeiterzuschußforderung ab. Und das will eine Arbeiterpartei sein?

Wie wir schon oben dargelegt haben, mangelte es bei den Nationalsozialisten nicht an Lungenkraft, um für Steuerhütung der Bestehenden einzutreten. Für die Minderbemittelten oder die Arbeiterschaft hatten sie aber herzlich wenig übrig. So lehnten sie auch einen sozialdemokratischen Antrag auf Herabsetzung der Brausebäderpreise im Freibad ab, der hauptsächlich den Arbeitern zugute gekommen wäre.

Wie steht es mit ihrem Sozialismus in der Kommunalpolitik aus.

Wenn die Nationalsozialisten, wie sie immer angeben, „Sozialisten auf nationaler Grundlage“ sein wollen, dann hätten sie gerade in diesem Jahre Gelegenheit gehabt, das zu beweisen. In diesem Jahre war nämlich nach dem mit der Wahrenen Straßenbahn-G. abgeschlossenen Vertrag die Möglichkeit geboten, die Straßenbahn in städtische Regie zu übernehmen. Die Nationalsozialisten lehnten aber in Gemeinschaft mit den bürgerlichen Rechtsparteien die Übernahme ab, weil die Straßenbahn angeblich in städtischer Regie Zuschuß erfordern werde, obwohl die Straßenbahngesellschaft seit Jahren 12 Prozent Dividende verteilt und von der sozialdemokratischen Fraktion nach eingehenden Berechnungen das gerade Gegenteil nachgewiesen werden konnte.

Aber auch für die Straßenbahner selbst hatten die Herren Nationalsozialisten nichts übrig. Als von der sozialdemokratischen Fraktion der Antrag gestellt wurde, bei dem neuen Vertragsabschluss die Straßenbahngesellschaft zu verpflichten, den Straßenbahner den kommunalen Reichsmittelstarf zu gewähren, nach dem die Straßenbahner bis zur Stilllegung im Jahre 1924 entlohnt worden sind, lehnten ihn die Nationalsozialisten gemeinsam mit der bürgerlichen Rechten ab. Selbst für einen andern sozialdemokratischen Antrag, der die Gesellschaft verpflichten sollte, eine Ruheordnung für die städtischen Arbeiter einzuführen, hatten die Nationalsozialisten kein Verständnis und lehnten ihn ab. Wahrlich eine vorzügliche „Arbeiterpartei“!

Ein besonderes Glanzstück ihres Arbeitervertrats leisteten sich die Nationalsozialisten in der Stadtverordnetenversammlung vom 11. September, indem sie die Aufhebung der Freistellung des städtischen Hauptbetriebsratsvorsitzenden durch das städtische Personalamt bedenkten, obwohl der Rat dabei das Entrecht der Stadtverordneten verweigert hatte, da ein entsprechender Beitrag im Haushaltsplan bewilligt worden war, der ohne Zustimmung der Stadtverordneten nicht abgeändert werden kann.

So steht die nationalsozialistische Kommunalpolitik in der Praxis aus!

Es ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der Fülle der reaktionären Tätigkeit der Wahrenen Nationalsozialisten, der aber vollständig genügen wird, um die Genossen und die Wähler allerorts zu überzeugen, daß im Interesse der Arbeiterschaft der Einzug von Nationalsozialisten in die Gemeindeparlamente verhindert werden muß.

Die Praxis der nationalsozialistischen Kommunalpolitik in Wahren war der beste Beweis dafür, daß die Nationalsozialisten alles andere sind als Sozialisten und noch viel weniger eine Arbeiterpartei, sondern sie haben sich erwiesen als

eine Schutztruppe des Kapitalismus.

Wichtige Regierungsvorlagen

Die vor einiger Zeit bereits angekündigten Regierungsvorlagen sind nunmehr an den Landtag gelangt. Es handelt sich zunächst um den Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Abwicklung von Staatsleistungen an die evangelische Lutherische Landeskirche im Freistaat Sachsen und an die römisch-katholische Kirche (Bistum Meißen). Diese Vorlage ist ebenso wie eine weitere, die ein Gesetz über die öffentlichen rechtlichen Religionsgesellschaften betrifft, eine Wiederholung von Vorlagen, die bereits an den alten Landtag gingen, dort aber nicht mehr behandelt wurden. Beide Vorlagen finden, wie schon damals, so auch heute, den schärfsten Widerspruch der sozialdemokratischen Fraktion. Eine weitere Vorlage enthält ein Gesetz zur Aenderung des Stempelsteuergesetzes und eine vierte bezieht sich auf ein Gesetz über die Besteuerung der Wandteller.

Ausführungsverordnung zum Reichsheimstättenengesetz

Das städtische Wirtschafts-, Justiz-, Arbeits- und Wohlfahrtsministerium haben eine gemeinsame Verordnung zur Ausführung des Reichsheimstättenengesetzes erlassen. Danach sind zur Ausgabe von Reichsheimstätten zugelassen: 1. das städtische Heim-, Landesheil- und Wohnfürsorge-G.m.b.H., Dresden, 2. die Siedlungsgesellschaft Dresden-Land und Stadt G.m.b.H., 3. die Chemnitzer Kriegerheide, Gemeinnützige G.m.b.H., 4. die Bezirksheilungsgesellschaft m. b. H. in Pössa, 5. die Bezirksheilungsgesellschaft m. b. H. in Kamenz, 6. die Bezirksheilungsgesellschaft m. b. H. Zittau-Land und Zittau, 7. die Gemeinnützige A.G. für Anstaltenheimstätten in Berlin, 8. die Gemeinnützige Heimstätten-A.G. Groß-Dresden, 9. die Stiftung Heimstätten in Dresden. Diese Ausführungsverordnung ist mit dem 1. Oktober 1929 in Kraft getreten.

Freital. Ein viertes Todesopfer. Die Kohlenstaubexplosion in den sächsischen Guldshäusern in Freital-Döhlen, die sich am 8. September zugetragen hatte und an deren Folgen bereits drei Arbeiter verstorben sind, hat jetzt noch ein weiteres Todesopfer gefordert. Der schwerverletzte, im Anfang der vergangenen Jahre stehende unverheiratete Schlosser Erwin Böhme ist im Freitaler Stadttrankenhause verstorben.

Hitzschfeld. Drei Todesopfer der Explosion. Von den bei der Kohlenstaubexplosion auf dem Großkraftwerk Hitzschfeld am Montag verunglückten Arbeitern sind in der Nacht zum Dienstag die Arbeiter Wilhelm Fährmann, Johann Ohlen und Max Jauche ihren schweren Verletzungen erlegen.

Leipziger Rundfunkprogramm

Donnerstag, den 3. Oktober.

- 10,00 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 11,00 Uhr: Rundfunknachrichten.
- 11,45 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen.
- 12,00—14,00 Uhr: Schallplattenkonzert.
- Dazwischen 12,50 Uhr: Wettervorausage.
- 14,30—15,30 Uhr: Geselligkeit und Lieberstunde für die Jugend.
- Die Geselligkeiten von Karl Ewald. Uebersetzt von Hermann Rin Sprecherin: Suzanne Bach. Lieber: Knabenschor. Am Mikrophon: Ernst Smigelst.
- 15,45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.
- 16,00 Uhr: Dr. Arno Schirafauer, Leipzig: „Elenore Duse“ (geb. am 3. Oktober 1859). Zum Gedächtnis der gezeichneten Schauspielerin.
- 16,30 Uhr: Konzert: Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Hilmar Weber. Heitere Musik.
- 16,50 Uhr: Wettervorausage und Zeitangabe.
- 18,35 Uhr: Arbeitsnachweis.
- 19,00 Uhr: Oderschulrat Dr. Anna Stempfen, Jena: „Das englische Gewerkschaftswesen“ I.
- 19,30 Uhr: Oberlehrer H. Pille, Leipzig: „Der Arbeitsschulgedanke in der Berufsschule“.
- 20,00—22,00 Uhr: Uebersetzung auf den Deutschlandsender. Die Kunst der Fuge von Joh. Seb. Bach. (Einrichtung für den Konzertgebrauch von Dr. Hans Th. David.) Dirigent: Alfred Szendrei. Das Leipziger Sinfonie-Orchester.
- 21,30 Uhr: Anekdoten von Wilhelm Schäfer. Sprecher: Carl Randolf, Dresden.
- 22,00 Uhr: Kammermusik. Das Hansmann-Quartett. Erster Friedrich Gumpshelm: Streichquartett F-Dur, Werk 61, Nr. 2.
- 22,30 Uhr: Funkprogramm.
- 22,35 Uhr: Zeitangabe, Wettervorausage, Pressebericht.
- Anschließend: Funkspiele.

Drei-Stern-Standard-Anode. 100 Volt

750

Für Radioapparate und Einzelteile billigste Bezugsquelle

Radio Panier

Leipzig, Berliner Straße 11, Tel. 11811/23/25
Pflaundersdorfer Str. 13, Tel. 11811/23/25
Nürnbergstr. 44, Tel. 16095
Peterssteinweg 19, Tel. 20270

Mord in einer Pflegeanstalt

Direktor vergiftet eine Angestellte

111 Berlin, 30. September.

Nach einer „S.Z.“-Meldung wurde am Sonntagmittag im Büro der Erziehungs- und Pflegeanstalt für Schwachsinnige in Gladbach-Nord eine 23jährige Büroangestellte auf einem Sofa liegend tot aufgefunden.

Die Untersuchung zeitigte ein überraschendes Ergebnis. Der Anstaltsdirektor Kieselring soll mit der Angestellten in unersaubten Beziehungen gestanden haben.

111 Berlin, 1. Oktober.

Zu der Mordtat in der M.-Gladbacher Irrenanstalt meldet das Berliner Tageblatt, daß, wie jetzt bekannt wurde, der unter Vorwurf verhaftete Direktor der Anstalt, Kieselring, kurz vor seiner Verhaftung einen Selbstmordversuch unternommen habe.

Neue Bluttat in Düsseldorf

111 Düsseldorf, 30. September.

Am Montag früh ist auf den Oberkasseler Rheinwiesen die Leiche einer weiblichen Person gefunden worden.

Es handelt sich bei der Ermordeten um eine Frau im Alter von etwa 30 bis 40 Jahren. Der Oberkörper war entblößt.

Die Mordkommission fand in der Nähe des Tatorts an der nächsten Rheinkrüde einen schlafenden Mann vor.

Grimma. Alle geschäftlichen Angelegenheiten regelt der Genosse Richard Schönfeld, Leipzig C. 1, Martinstraße 12, alle Kassenangelegenheiten sind mit dem Genossen Alfred Wolf, Gaußsch, Ritterstraße 23, zu regeln.

2. Arbeiter-Olympia 1931 in Wien

Beschlüsse der Konferenzen und Tagungen sind bestimmt und bei der Festlegung von Veranstaltungsorten im allgemeinen bindend.

Wien hat den Prater als Kampfbahnanlage gewählt und einen entsprechenden Platz für eine mit Tribünen umgebene Kampfbahn, für eine Schwimmhalle und eine Radrennbahn zur Verfügung gestellt.

Mit dem Bau der Kampfbahn ist in diesen Tagen begonnen worden. Der Kongress der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationalen in Prag (Oktober 1929) wickelte den endgültigen Bericht über den Stand der Arbeiter und Arbeiterinnen der Organisation und Finanzierung des Olympias entgegennehmend und dann unter Zugrundelegung der von der Stadtverwaltung Wien gegebenen Zusage auf Festlegung des Stadions den Entschluß faßte:

Das 2. Internationale Olympia findet 1931 in Wien statt.

um einen Kaufmann, der seit einiger Zeit erwerbslos ist und ohne Unterkunft war. Er gab an, in den letzten Nächten häufiger an den Rheinkrößen geschlafen zu haben, auch am Sonntagabend will er sich dort zum Schlafen niedergelegt haben.

Raubmord bei Halberstadt

111 Halberstadt, 1. Oktober.

Der Polizeibericht meldete den Selbstmord des Halberstädter Handelsmannes Döll, der sich anscheinend auf der Bienenburger Straße von einem Zug hätte überfahren lassen.

Vom Halsmann-Prozess

111 Innsbruck, 1. Oktober.

Die Verteidiger im Halsmann-Prozess haben gestern auf Anforderung des Gerichts dem Vorsitzenden der Verhandlung in einem Schriftsatz jene Neuerung bekanntgegeben, die nach Erachtung der Verteidigung zur Klärung des zweiten Fakultäts-Gutachtens beachtenswert sei und die der medizinischen Fakultät zur Stellungnahme vorgelegt werden soll.

4 Jahre Zuchthaus für den Architekten Wicenz

In dem Prozess gegen den 62jährigen Hamburger Architekten und Millionär Wicenz, der sich unter Förderung seiner 10jährigen Gattin seit Jahren fortgesetzt an seiner 16jährigen Tochter auf das Schwerste vergangen hatte, wurde von der Berufungsinstanz nach einer unter Ausschluß der Presse und der Öffentlichkeit geführten Verhandlung das Urteil verkündet.

Das Publikum betrogen

Auf alle möglichen Arten machen die Vereine des Deutschen Fußballbundes ihre Mitglieder, daß sie die Hamburger Sportvereine gegen Dittlen spielen. Weil dem HSV, an dem vereinbarten Tage ein anderes finanziell ausstehendes Spiel lieber war, verhandelte er mit Dittlen wegen Verlegung.

Verammlungskalender

- Mittwoch, den 2. Oktober. Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung, Volkshaus, 20 Uhr. Donnerstag, 3. Oktober. Bund sozialistischer Freidenker, Ortsgruppe West, Feilkenkeller, 20 Uhr. Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung, Gofenschlößchen, Eutritzsch, 20 Uhr.

Arbeiter und Arbeiterinnen! Werbt neue Leser für die Volkzeitung!

Das ist also die Einheitsfront

Wir hatten am Montagabend Gelegenheit, bei der kommunistischen Demonstration auf dem Reichsgerichtspalast gegen die Gewerkschaftenunterstützungsvorlage im Reichstag praktische Einheitsfront zwischen dem Sport und der KPD zu sehen.

Der ehemalige Arbeiterportier Thiele (Eintracht Wahren), jetzt noch Gigantone im bürgerlichen Verein Olympia-Germania, führte als großer „Revolutionär“ den Betrieb Kläranlage bei der kommunistischen Demonstration an!

Um mit der Sächsischen Arbeiterzeitung zu reden, demonstrierte Thiele als „Klassenbewußter“ Arbeiter. Die zweite Probe seines Klassenbewußtseins hatte der Verbündete der KPD am Dienstagvormittag auf dem Amtsgericht abzulegen.

Die einmütige Abwehr der Fußballverbände hat der SWJ die Spude weggenommen. Weder in der Montag-, noch in der Dienstagausgabe unternahm sie den leisen Versuch, das auf der Vorstandskonferenz über das kommunistische Parteitreiben im Leipziger Bezirk vorgelegte Material artenmäßig zu widerlegen.

In ihrer sachlichen Berlegenheit murmelt die Sächsische Arbeiterzeitung am Montag und Dienstag, sie wolle noch die Verhältnisse prüfen und sie läme auf die Angelegenheit noch zurück.

Laut Beschluß der Vorstandskonferenz erhalten die Fußballvereine und Abteilungen in Ritzsch das auf der Konferenz vorgelegene Material über die Spalter vervollständigt zu stellen. Das Material ist zur Klärung der Mitglieder bestimmt. Mitglieder, nehmt darin Einsicht.

Die sportpolitische Lage

im Arbeiter-Athleten-Bund.

Zur Klärung der Lage im Arbeiter-Athleten-Bund, Bezirk Leipzig, hatte die Kreisleitung erneut am Sonntag eine Versammlung der bundestreuere Vereine einberufen.

Der Bundesvorsitzende Strumpf, der über die Lage im Bunde referierte, konnte an einer Unmenge von Material nachweisen, daß die Spaltungen und Eingriffe innerhalb des Arbeitersports von der KPD im Auftrage der Roten Sport-Internationalen bewußt durchgeführt wurden.

Als Führer des Bezirks Leipzig wurden gewählt die Genossen R. Schönfeld und Paul Riebel, Kassierer U. Wolf, Schriftführer R. Schumann, die technische Leitung unter U. Schie kleidet die alte. Als Revisoren fungierten die Genossen Dunfer, Borna, und Baabe,



WIR KOMMEN NACH LEIPZIG! CONFREIA 5 & CONFREIA-EDEL 6 &

Hochzeit in Unterzeitelbach

Von Heinz Eisgruber.

Unterzeitelbach liegt in Deutschland. In jenem Landstrich zwischen Münden und Ingostadt, in den nur selten Großstädter vordringen. Seit einigen Jahren führt in den abgelegenen Teil ein Saalbähnchen. Aber es hat die Bauernwildnis nicht erschlossen. Es bringt Kohlen, Kunstleder, Bier und ein kermales Lokalbrot und holt Milch, Käse, Getreide und Langholz. Der Personenverkehr ist minimal; er beschränkt sich auf Hochwürdige, Pfarrer, auf den Viehhändler und die Bölin aus der Stadt, die Milch, Eier und Butter handelt.

Seit ein paar Tagen ist Unruhe in dem kleinen, zwischen fastigen Hügel eingebetteten Dörfchen. Einerseits, weil das elektrische Licht eingerichtet wird. Die Stadtröhre vom Elektrizitätswerk haben es endlich bei den bäuerlichen Starrköpfen durchgesetzt, nachdem diese sich jahrelang mit dem Hinweis verteidigt hatten, in Zeitelbach gehe man bei hellem Tag ins Bett und brauche in solchem kein so teures Licht, die Deiselöl genüge für den Notfall vollkommen. Erst als die Luftgeleiten davon erfuhren, daß elektrischer Strom dazu neige, Kurzschluß und Brand zu verursachen, schwenkten sie um. Denn hierzulande sind gerichtlich zulässige Brandursachen fast getagt.

Der zweite Grund für die Unruhe in Zeitelbach ist die Hochzeit des Dazlbauer. Der Dazlbauer ist eine wichtige Persönlichkeit, nämlich der größte Bauer im Pfarrbezirk: 200 Tagewert Weizen und Weiden, 250 Tagewert Wald, 24 Stück Rindvieh, 8 Kühe und ein Stotwerk extra über dem Erdgeschloß. So ein Hof ist weit und breit nicht mehr zu finden.

Vor einem halben Jahr hat der Mooser von Dazbau dem Dazlbauer eine Hochzeiterin zugebracht, die Umer Tochter von Dasing. Die Umer Tochter kriegt einen ordentlichen Baßen Geld mit. Sie ermaget zwar gewisser ästhetischer Qualitäten, die man auch hierzulande gerne bei einer Braut wahrnimmt. Aber wer in Zeitelbach und Umgebung einen großen Hof besitzt, hat die traditionelle Verpflichtung, Geld einzuhairaten. Und so heiratet der Dazlbauer eben das Geld der Umer Tochter. Das Gegenteil hätten die Zeitelbacher verrückt oder wie man hier sagt: hirn-dappig gehalten.

Die Vorgeschichte der großen Zeitelbacher Hochzeit, das „Sich-finden“ des jungen Dazbauers und der Umer Tochter sei nur kurz gestreift: eines Tages erschien beim alten Dazlbauer der Mooser-Simmerl von Dazbau, einer, der heiratsreife Bauernkinder und Söhne ausfindig macht und einander „zubringt“; er erklärte dem alten Dazlbauer, daß er für seinen Sohn eine Hochzeiterin habe, eine, die akurat für den Dazhof passe, diemittel ist „Arme habe wie Männerhantel“ und einen ordentlichen Baßen Geld, der sofort nach der Hochzeit ausgezahlt würde. Der Dazlbauer meinte, wenn das stimmte, dann sei die Sache ausgemacht. Der Mooser meinte, es stimme und er nehme die Hoße darauf. Da zog der Dazlbauer ein hartes Fünfmärkstück aus dem Hosensack und warf es dem Mooser als Handgeld auf den Tisch. Der Mooser steckte den Realer zu dem anderen, den er vom Umerbauer erhalten hatte, und ging, dem Umer zu vermelden, daß der Handel perfekt sei. 14 Tage später traf man sich in Dazbau beim Advokaten und „machte die Sache abrotarisch“. Bei dieser Gelegenheit haben sich die zwei Brauteleute zum ersten Male gesehen. Sie haben nicht viel Brimborium gemacht, haben sich nur ein bißel mittraulich und schief angeguckt, die schwierigen Hände gereicht wobei der Dazlbauer mit Befriedigung wahrnahm, daß der Mooser nicht aufgeschritten hatte und die Hochzeiterin wirklich Knochen besaß wie ein Gaul. Es war keine Spezialität des Dazlbauers, daß er eine starkknochige Bäurin wollte; hierzulande sind Bauernfrauen Arbeitstiere; sie sollen arbeiten können wie ein Knecht und sie sollen wiederum starkknochige Kinder, d. h. Knechte und Mägde, auf die Welt bringen. Und das Kuhdiemelbringen soll sie nicht lange von der Arbeit abhalten, höchstens 5 bis 6 Tage alles in allem.

8 Tage vor der Hochzeit sind die beiden dann zum Pfarrer gegangen. Er, der das geistige Zentrum der Zeitelbacher ist, belehrte sie dann über die intimen Pflichten und Rechte in ihrem Eheleben, vor allem darüber, daß Kinderkriegen ein Segen Gottes und die Verhütung der Empfängnis eine Todsünde sei. Der Hochzeiter, der schon eine scharfe Kammerfenster-Praxis hinter sich hat, grinste verstockt und verlegen; die Hochzeiterin, deren Kammerfenster auch schon einiges Einschlägige erlebt hat, bekommt einen puterrotten Kopf und schmeuzt sich verlegen in die Schürze.

Und morgen ist nun Hochzeit. Heute findet die „Fertigung“ statt. D. h. der Einzug der Brautausstattung. Das ist vor hundert Jahren genau so gewesen in Zeitelbach. Die Zeitelbacher und Zeilhammer, Handlanger und Deitshof, die Menzenbacher und Eitenhoffer stehen mit Weib und Kind und Wag und in der Dorfstraße und vor dem Wirtshaus und warten auf die Ketterwagen. Endlich kommen sie, von grüngekleideten Pferden gezogen. Auf jedem der 4 Wagen sind zwei Betten aufgeschlagen, richtig wie in der Schlafstube, man kann sich gleich hincinlegen. Ein bewunderndes Raunen geht durch die Menge: „Acht Betten hais, d' Umer Tochter! Acht Bettin!“ Die Zahl der Betten ist ein Maßstab für die Wohlhabenheit einer Braut. Und hinter und neben den Betten kunstvoll aufgebaut die Schränke und Bänke, die Tische und Stühle, die Kommoden und Regale, bunt bemalt und gebeizt und lackiert. Und auf den Tischen und Regalen die Teller und Schüsseln, die Haferl und Kochlöffel. Zwei Stunden dauert das Abladen und Einrichten. Dann dürfen die Zuschauer in die eingerichteten Stuben. Den ganzen Tag geht ein und aus wie in einem Taubenschlag. Unter der Türe laugt jeder in den Weißwasserkessel, der am rechten Türpfosten hängt, spritzt Weißwasser vor sich hin und schlägt das Kreuz. Dann kriegt er einen Krug Bier. In der großen Stube haben sie einige Krüge angezapft, der erste Knecht schenkt ein; jeder, der kommt, die „Fertigung“ anzusehen, kriegt seinen Krug Bier. Den Männern ist das Wichtigste das Bier und der Viehstall. Den Weibern der Wäschehaufen und der Nähertisch. Sie puffen sich in die Hüfte mit den Ellenbogen, sie raunen und wispeln und fäkern und machen sich auf dies und jenes aufmerksam. Die Schranke stehen offen und man sieht habe Stapel Leinwandstücke. Man darf sie anfassen und untersuchen. Die Weiber greifen hinein und stellen fest, ob auch alles echt ist, ob die Hochzeiterin auch keinen Schwindel gemacht und etwa Holzschleiter und Papier dahinter gestopft hat. Das ist das gute Recht eines jeden Fertigungsbesuchers. Das geht so den ganzen Tag bis zum Gebetsläuten. Dann gehen die Dörfler nach Hause, mit Gesprächsstoff für ein halbes Jahr.

Am Hochzeitstag gehts hoch her. Der Hochzeitstaber, im Zivilberuf Gültler in Arnbach, ist in zehn Dörfern gewesen die letzten 8 Tage und hat nicht weniger als 215 Verwandte und Bekannte geladen. Die Geladenen sind fast auf die Einladung und zahlen gern die 8 Mark, die das Festessen kostet und die 5 Mark, die man außerdem „schenkt“. Die Sonntagstische hat jeder herausgeholt und die Gütle sind schon 2 Tage lang gestriegelt worden wie „sonst nie“. Die Weite mit den Silberstücken hat man aus dem Schrank geholt und die Ketteren dazu die lange Lederhose, die an den Knöcheln abgebunden ist und mit der man in die langen Schafstiefel schlüpft, die aussehen wie ein Zugharmonikabalg. An den Rodtragen wird das Hochzeitsritzen geheset und dann gehts, in der Früß um 6 Uhr nach Zeitelbach zum Hochzeitspaar.

85 Kutschen stehen auf der Dorfstraße mit schweren Säulen davor. Der Hochzeiter läßt noch auf sich warten, weil er nochmals in den Viehstall gegangen ist. Ein richtiger Bauer läßt sich auch am Hochzeitstag nicht abhalten, nach dem Rechten zu sehen. Jetzt kommt er in Hemdbärmeln aus dem Stall, langsam knüpft er den Schutz ab, schreit dem Pferdkecht zu, er solle den Säulen noch Wasser einschütten, dann geht er in die Stube und macht sich fertig. Mechanisch taucht er die Finger in das Weißwasser am Türpfosten, schlägt das Kreuz und steigt in die Kutsche, in der die Hochzeiterin in ihrem schweren schwarzen Seidenkleid schon Platz genommen hat. Sie ist fest und ungelent da und schaut geschämig hölzern gerade vor sich hin. Sie denkt nicht viel: höchstens, daß die Weber-Kocher in der Kutsche hinter ihr sich ärgern wird, weil die Umer-Tochter in den größten Hof im Pfarrbezirk einheiratet. Ihr Stolz ist hart und ungeschmeißig; sie ist jetzt die größte Bäurin und sie hat ein Recht dazu, denn sie hat einen großen Baßen Geld mitgebracht.

Nun sehen sich die 85 Kutschen in Bewegung. Sie fahren durch die fünf nahen Nachbardörfer zwischen reisenden, wogenden Getreideseldern hin. Und nach einer Stunde biegen sie wieder in die Dorfstraße von Zeitelbach ein, halten vor dem Unterwirt und entlassen ihre Insassen. Die Musikanten, die sich vor dem Unterwirt aufgestellt haben, spielen etwas, das ein Schußpattler sein könnte, vielleicht aber auch ein Militärmarsch. Im langen Zug gehts den Berg hinauf in die Kirche. Im feierlichen Amt gibt der Pfarrer die beiden Hochzeiter zusammen. Einmal unterbricht der Pfarrer die Handlung und schreit über die Köpfe der anstehenden Alten hinweg in die hinterste Ecke, wo die Bauernburschen zusammenhängen, er werde gleich hinterkommen und ein paar hinausweisen, wenn sie sich nicht anständig aufführen; alle Köpfe wenden sich nach den Kuhstörern; die Bauernburschen senken die kantigen Schädel, merken sich aber noch schnell den und jenen, der gar zu herausfordernd zu ihnen hersehauet; hernach im Wirtshaus braucht man Anlässe zum Raufen.

Nach der Trauung gehts zum Unterwirt. Im niedrigen, getäfelten Saal stehen lange Tische. Wie ein wilder Haufe wälzen sich die Festgäste herein; jeder will möglichst in die Nähe des Hochzeitspaars, weil hier die Schüsseln zuerst aufgetragen werden. Sie helgen über die Bänke und Tische hinweg mit ihren langgestreckten Genagelten und der Wirt muß ein paar allzu Ungefähme mit Koseworten, wie „Saurammell“ und „Gschierter Laß!“, in die Schranken weisen. Raum haben die Festgäste Platz genommen, gehen die Kuhstörere auf und alle Köpfe drehen sich den Schüsseln entgegen.

Man iert sich nicht hierzulande, wenn man etwas haben will. Besonders dann nicht, wenn man bezahlt hat. Zurückhaltung und Bescheidenheit würden als Dummheit empfunden werden. Die „Lebensart“ der Stadtröhre ist als „Krampe“ gebrandmarkt. Man hat Hunger, man hat bezahlt und also sieht man zu, daß man zu seinem Recht kommt. Die Gäste erheben sich von den Bänken, als die Schüsseln näherkommen; knochige, schweißige Hände greifen nach den Schöpföffeln, entziehen sie sich gegenseitig, und füllen die Teller bis zum Rande mit Ruttelkud und Knödel. Es gilt, sich schon am „Vorspeisen“, das flüssig ist und das man nicht in die Sacktüchel verpacken kann, fettzuessen. Immer wieder füllen sich die Teller und die braune Tunke rinnt von den glänz schmahenden Mäulern.

Der Suppe ergötzt es wie dem „Koreßen“. Dann kommen Schüsseln mit gekochtem Rindfleisch. Die Bauern warten stehend mit geputzten Gabeln. Im nächsten Augenblick ist die Schüssel mit Fäusten bedeckt; zuweilen schreit einer auf, weil ihm der Nachbar die Gabel in die Hand gestochen hat. Die erbeuteten Fleischstücke wandern insgesamt in die sorgsam ausgebreiteten Sacktüchel. Ebenso ergötzt es dem Schweinebraten und dem Kalbsbraten. Dann sehen sich die Gäste und beginnen eine lebhafte Arbeit; sie nehmen Semmeln, bohren Löcher hinein und ordnen die ausgehöhlten Semmeln in Schlaftrüge.

Große Schüsseln voll gekochten Zwetschgen wandern nun durch die Kuhstörere. Wild blicken die bloßen Hände in die Brille und fischen die Zwetschgen heraus, stoßen sie in die ausgehöhlten Semmeln und ruhen nicht, ebe die letzte Frucht aus der Schüssel geholt ist. Dann wandern die Zwetschgensemmeln in die Sacktüchel: für die Zuhausegebliebenen ist gelorgt.

Es wird Spätnachmittag. Das Bier, das heute nichts kostet, fließt in Strömen und rötet die Köpfe. Dicker Zigaretten- und Pfeifenqualm erfüllt den niedrigen Saal. Die Fliegen fallen toll von der Decke. Die Hochzeiterin sitzt so fest am Tisch wie frühmorgens in der Kutsche. Der Hochzeiter tanzt mit der drallen Brautjungfer. Sie und da flammt ein Streit auf, wird aber vom Unterwirt, der keine Luftgeleiten kennt, schnell und energisch geschlichtet. Aber plötzlich ist die fällige Kaulerei im Gange, ebe noch der Wirt zum Eingreifen kommt. Ein Haalfinger Burche hat sich in den Extratanz der Zeitelbacher gewagt; wenn die Zeitelbacher ihre Tour haben, darf nämlich kein Haalfinger oder Kiemertshoferer tanzen. Raum hat sich der Haalfinger Burche einmal um seine eigene Achse gedreht, da paden ihn schon zehn Bauernsäule, reißen ihn an die Wand, es hagelt Orfregeln, ein Maurer fliegt durch die Luft, ein Stuhlbein, und dann geht die wilde Jagd über die Sitze hinunter auf den Hof. Nach einer Viertelstunde haben die Zeitelbacher mit den Haalfingeren ausgeräumt. Blutbedeckt verlassen diese das Schlachtfeld. Den Simmerer von Hoßjell haben sie, mit einem Kopfschlag, in der Kutsche weggeschafft.

Das Hochzeitspaar hat währenddessen über die Hinterstiege das Lokal verlassen und nach Hause gefahren. Die Zeitelbacher Burschen aber lassen einen Landier aufspielen. Im Dreitakt stampfen die Genagelten über die knarrenden Dielen. Zuweilen verdrückt sich ein Paar in den dunklen Hof.

Der neue Hausknecht vom Unterwirt aber hat im Hof ein einträgliches Unternehmen aufgemacht. Er ist ein „Moderner“. Er steht am Scheunentor wie der Ursengel vor dem Paradies-Eingang. Jedes Paar, das in den Heustadel will, muß ein Fuchsging oder eine Marle beschen. Wenn er ein Marflück in die Tasche schiebt, murmelt er jedesmal vor sich hin: „Wieder a Rinda-tauf! Leut! heils Ent zwam! Es net alle Tag Hochzeit!“

Kleine Chronik

Ein kulturpolitisches Trauerspiel in Zwickau. Der Zwickauer Stadtrat hat dem Museumsdirektor Dr. Hildebrand Gurlitt zum 31. März 1930 gekündigt. Der Versuch der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, diese Maßnahme rückgängig zu machen, wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgeschloßen niedergestimmt. Damit verliert Zwickau nicht nur einen kunsthistorisch und museumschriftlich außerordentlich befähigten Museumsdirektor, sondern es legt gleichzeitig eines der wenigen Bildungsinstanzen der Stadt völlig lahm und verurteilt es mitsamt den darin befindlichen Kunstschätzen zum Tode. Am 17. November hofft man, diese kulturpolitische Blamose wieder gutzumachen.

Der Erfinder der Ansichtskarte gestorben. In München ist der Erfinder der Ansichtskarte, Jenner, der zuletzt Besitzer einer Lithographiekunst war, gestorben. Er erregte mit seinen

ersten behilderten Postkarten — eigene Federzeichnungen —, die er selbst druckte, großes Aufsehen. Mit der Reichspostverwaltung hat er seinerzeit hartnäckige Kämpfe auszufechten, bevor die Ansichtskarte zum postalischen Verkehr zugelassen wurde.

Aktuelle Bühnenwerke. Hans Borchardt, dessen „Blut-tat in Gernersheim vor dem ewigen Richter“ vom Theater am Schiffbauerdamm und „Muller der nahen Zukunft“ von den Barnow-Bühnen zur Aufführung angenommen wurde, hat ein neues Werk „Das rote Dokument“ vollendet, das in Arbeitstreffen spielt und die soziale Lage behandelt.

Romödienhaus (früher Baitenbergtheater). Karl Credé behandelt in seinem hier am 5. Oktober zur Aufführung gelangenden Schauspiel „§ 218“ (Gequälte Menschen) die Krise, welche aus „§ 218“ für Juristen und Ärzte entsteht. Dr. Credé wohnt den letzten Proben seines Werkes bei.

Greenwich. Von London Bridge Station, fährt der Zug in wenigen Minuten nach dem weltberühmten Greenwich. Jeder Schalkunge weiß, daß man von hier aus die Meridiane zählt. Der Kullmeridian, der mitten durch die kleine Sternwarte, das Royal Observatory, geht, hat Greenwich berühmt gemacht. Der Zugang zu den tupelgekrönten Gebäuden des Observatoriums und der magnetischen Station ist unbefugten verwehrt. Am Eingang der Sternwarte schlägt eine große 24-Stunden-Uhr. Links davon sind alte, verwitterte Normalmaßstäbe aus Bronze und ein Barometer. Oben auf dem Dach steht ein kreisförmiger Windmesser und auch die Himmelsrichtungen sind dort festgelegt. Genau kann man danach die Nord-Süd-Richtung finden und mit einem heiligen Schauer den geheimnisvollen Kullmeridian überschreiten. Und dann der berühmte Zeital, der pünktlich um 1 Uhr 55 Minuten nach englisch, 12 Uhr 55 Minuten nach mittlereuropäischer Zeit bis zur halben Höhe der Stange, von unsichtbaren Kräften bewegt, emporstiegt. Nach weiteren 2½ Minuten springt er an das Ende der Stange. Genau nach Ablauf der sechzigsten Minute fällt er wieder bis zur Hälfte, schwankt leise, und nach weiteren 2½ Minuten sinkt er gänzlich herab, um von neuem seinen fast vierundzwanzigstündigen Schlaf zu beginnen, während von der Themse her die Sirenen heulen, die Uhren ihre Stundenschläge läuten und in ganz England pünktliche Leute ihre Uhren stellen, denn das große Ereignis wurde auf telegraphischem Wege mit Lichtgeschwindigkeit verbreitet. In der Kuppel der Sternhalle ist ein Refraktor von 72 Millimetern Durchmesser eingebaut. Durch ihn beobachten die Astronomen das Himmelszelt und sorgen dafür, daß Englands Uhren richtig gehen. W. M.

Uraustausch in der Artik. Von der im vorigen Jahr von Norwegen annektierten Insel Bouvet im südlichen Eismeer werden demnächst 50 Pelzrobbe nach Spitzbergen übergeführt, wodurch die Artik mit diesen Tieren, die dort seit sehr langer Zeit ausgestorben sind, wieder bevölkert wird. Umgesetzt sollen von Spitzbergen große Mengen Elbergänse nach Bouvet gebracht werden, um diese Vögel in der Antarktis heimlich zu machen.

Im Himmel und auf Erden. Der kleine Moses geht mit seinem Vater an einer Synagoge vorbei. „Vater, was ist das?“ fragt der Knabe. — „Das ist ein Gotteshaus.“ Klein Moses ruht und fragt dann weiter: „Gotteshaus? Wohnt denn der liebe Gott darin?“ — „Ja.“ — „Aber man hat uns doch in der Schule gesagt, daß der liebe Gott im Himmel wohnt?“ — „Wohnt er auch.“ — „Aha,“ entscheidet der kleine Moses nach kurzer Überlegung, „im Himmel wohnt er und unten hat er sein Geschäft.“

Tagung des Deutschen Monistenbundes

Dresden, 1. Oktober.

In der gutbesuchten öffentlichen Versammlung am Sonntagabend sprachen drei Redner, alle drei mit starkem Erfolg. Dr. Sebe r Dresden und Genosse Professor Riemann Leipzig behandelten beide das Thema Wege der deutschen Kulturpolitik, wobei besonders Riemann durch seine einprägnanten Formulierungen häufigen Beifall erntete. Die deutsche Republik trägt statt der Freiheitsschlange einen Wilschuh! meinte er anlässlich der Frage der Kontorale. Ohne parteipolitische Gebundenheit, aber in enger Fühlung mit den Parteien, die eine freiheitliche Kulturpolitik treiben, müsse die deutsche Freidenkerbewegung für die Befreiung der Hirne arbeiten.

Professor Drews, Karlsruhe, der alte Kämpfer gegen orthodoxen Dogmenglauben, behandelte dann die Reiz der theologischen Fakultäten. Er führte den Nachweis, daß die Theologie in unlösbarer Widerspruch zur Wissenschaft steht und selber keine sein kann, und forderte die Ausgliederung der theologischen Fakultäten aus den Universitäten, was sowohl im Interesse der Theologie als der Wissenschaft läge.

In der Delegiertenversammlung am Montag wurde bei der Wahl von 50 Mitgliedern gleichmäßig über die Weiterarbeit diskutiert, wobei die Diskussion im Sinne der „logischen“ Richtung verlief. Als Ehrenvorleser wurde anlässlich seines 60. Geburtstages Graf Arco-Verini (Telefunken) gewählt; als 1. Vorlesender einstimmig Genosse Professor Herrmann Stuttgart. In den aus je sieben Mitgliedern bestehenden engeren und erweiterten Vorständen wurden a. a. die Genossen Professor Riemann Leipzig, Prof. Schmidt-Jena, Dr. Rasse-Düsseldorf, Prof. Baegs-Frankfurt, Otto Jensen-Gera, Dr. Schönfeld-Wien und Dr. Friß Schiff-Berlin gewählt.

Eine Entschleunigung, die sich im Sinne Drews für die Ausgliederung der theologischen Fakultäten aus den Universitäten aussprach, wurde einstimmig angenommen; ebenso eine weitere, die das Zustandekommen des Breukonkordats mit Einwilligung liberaler und sozialistischer Parteien bebauert und für die Freidenkerverbände die gleiche staatliche Berücksichtigung fordert; und schließlich eine dritte gegen die Schulreaktion, die Verwirklichung der in der Reichsverfassung garantierten Weislichen Schule fordert.

Einen qualitativ hochwertigen Wilschuh des offiziellen Teiles der Tagung bildete der Vortragsnachmittag, bei dem die Genossen Dr. Schönfeld-Wien und Otto Jensen-Gera das Thema „Persönlichkeit und Organisation“ behandelten. Schönfeld zeigte in scharfer wissenschaftlicher Analyse, wie erst eine differenzierte Gesellschaft die Möglichkeit zur Persönlichkeitsbildung gibt. Nur aus der demokratischen Gemeinschaft (Beispiel: Wien im Mittelalter, Florenz in der Renaissance) können sich Persönlichkeiten bilden und nicht bei bestehenden erblichen Kasten. Masse und Persönlichkeit sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander; nur die Demokratie gibt die Gewähr, daß dieser falsche Gegensatz verschwindet und die Persönlichkeit sich als Stütze, der sie bedingenden Masse ohne Snobismus bewährt.

Otto Jensen gab dazu eine geschliffene Analyse der gegenwärtigen, vom Staat bis zum Schluß durchorganisierten, mannigfach verflochtenen Gesellschaft. Die formale Demokratie gibt allein nicht die Gewähr zur Persönlichkeitsbildung, wenn die Produktionsverhältnisse nicht die Möglichkeit der Entfaltung der Fähigkeiten geben (Länge des Arbeitstages!). Der Führer darf die Masse nicht zu weit überlegen, sonst verliert sie ihn nicht. Der Kampf um die durchorganisierte Gesellschaft, die soziale, ist auch der Kampf um die Gewähr jener Persönlichkeitsbildung, die unsere Zeit braucht. R. L.